

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis für den Monat 1,50 Mark, vierteljährlich 4,50 Mark, halbjährlich 8,00 Mark, jährlich 15,00 Mark.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die festgesetzte Rubrik
eine oder zwei Zeilen 10 Pf., für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Berichterstattungen 20 Pf.

Telegraphische Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 14. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Beginnende Diskussionen.

Unser treffliches englisches Bruderorgan, der „Labour Leader“, machte in seiner letzten Nummer den Vorschlag, daß erstens das Internationale Sozialistische Bureau die sozialistischen Parteien der kriegführenden Mächte befragen solle, weshalb sie die Forderungen ihrer Regierungen unterstützen, und in welchen Punkten Einigkeit zu erreichen möglich wäre, und daß zweitens die sozialistischen Parlamentsmitglieder immer wieder darauf dringen sollen, daß die Regierungen die Kriegsziele deutlich angeben.

Recht deutlich tritt diese Erscheinung aus Anlaß der Rede des Reichskanzlers und der Antwort, die der englische Ministerpräsident Asquith auf sie erteilte, zutage. Ein führendes liberales Blatt Englands, der „Manchester Guardian“, schrieb aus Anlaß der Rede des Reichskanzlers in einem Leitartikel:

„Wählung kann erst dann ihre Wirkung ausüben, wenn man einem praktischen Mann erlaubt, auf die Szene zu treten und jede Partei zu fragen, was sie in Wirklichkeit will. Wir können aus der Reichskanzlerrede entnehmen, daß der Augenblick für diesen praktischen Mann noch nicht gekommen ist. Aber als Resultat einer Kriegsführung von 20 Monaten zeigt sich so etwas in Deutschland, als wenn die Geburt dieses praktischen Mannes, wenn nicht sogar vernünftigerer Meinung, jedenfalls aber einer konkreteren Diskussion sich näherte.“

Einzelne Stimmen der deutschen Presse machen in der Tat den Eindruck, als ob eine solche „konkretere Diskussion“ sich näherte. Freilich treten auch hierbei die charakteristischen Nuancen in der Zielrichtung dieser Reden deutlich zutage. Dies erhöht aber nur noch die Bedeutung der allmählich einsetzenden Diskussion, da sie neben einer außerpolitischen auch eine innerpolitische Bedeutung — im Sinne einer bestimmten parteipolitischen Orientierung — gewinnt. Unter diesem Gesichtspunkt bietet beispielsweise die Stellungnahme unserer Presse zu der gemeldeten Rede von Asquith ein interessantes und politisch bedeutsames Bild. Theodor Wolff hebt im „Berliner Tageblatt“ aus der Rede des englischen Ministerpräsidenten folgende Sätze als englisches Kriegsziel heraus:

„Großbritannien und auch Frankreich traten nicht in den Krieg ein, um Deutschland zu erdroffeln oder um es von der Karte Europas wegzumischen, nicht um sein nationales Leben zu zerstören oder zu verstimmen, und sicherlich nicht, um sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen hineinzuversetzen. Wir wurden beide, hier und in Frankreich, dazu genötigt, die Waffen aufzunehmen, um zu verhindern, daß Deutschland, womit in diesem Falle Preußen gemeint ist, eine militärische Bedrohung für die Nachbarn bilde und eine Oberherrschaft über diese erreichte. Deutschland hat während der letzten zehn Jahre bei mehreren Anlässen seine Absicht gezeigt, Europa unter gleichzeitiger Bedrohung Vorschritten zu machen, und durch die Verletzung der Neutralität Belgiens hat es bewiesen, daß es sein Übergewicht selbst um den Preis eines allgemeinen Krieges herstellen will und dadurch, daß es die Grundlage der europäischen Politik, wie sie durch Verträge festgelegt ist, zerstört. Die Absicht der an dem Krieg beteiligten Verbündeten ist, diesen Versuch zu zunichte zu machen und dadurch den Weg für ein internationales System zu ebnen, welches den Grundsatz gleicher Rechte für alle zivilisierten Staaten sicherstellen wird. (Wolff.) Wir wollen als Ergebnis des Krieges den Grundsatz festlegen, daß internationale Probleme durch freie Unterhandlung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen, und daß eine solche Unterhandlung nicht länger durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Klasse kontrolliert wird, aufgehoben und beherrscht wird. Das ist es, was ich unter Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens verstehe, nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

Hierzu bemerkt Theodor Wolff, die Rede erwecke den Eindruck, daß „ganz ähnlich, wie Herr v. Bethmann Hollweg bei Erwähnung der deutschen Kriegsziele einen gewissen Unterschied zwischen dem Westen und dem Osten machte, auch Herr Asquith, bei der Erwähnung der Kriegsgründe, einen Unterschied zwischen den Westmächten und Rußland habe andeuten wollen“.

Zu dem Wunsche Asquiths, daß Deutschland keine Oberherrschaft ausübe, bemerkt er: „Von einer solchen Hegemonie haben gewiß manche deutsch-nationalistischen Kreise sehr reichlich geschwärmt, das ernsthafteste und vernünftigste Deutschland aber ist nur der Meinung, daß keine Macht eine „Oberherrschaft“ ausüben solle, nicht Deutschland und auch England nicht.“

Gegen den Grundsatz Asquiths, daß „internationale Probleme durch freie Unterhandlung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen“, hat der

Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ offenbar nichts einzuwenden:

„Gegen die Schaffung neuer Rechtsgarantien würde grundsätzlich nichts einzuwenden sein. Die Vorlage bleibt nur immer: wie sehen diese Garantien aus, und verbürgen sie wirklich gleiches Recht nach allen Seiten hin?“

„Bleiben als praktische Fragen noch die belgische und die polnische Frage. Theodor Wolff konstruiert aus den Reden der beiden leitenden Staatsmänner eine gewisse Uebereinstimmung hinsichtlich des Ostens, ohne auf die Differenzpunkte im Westen näher einzugehen:“

„Die Bankrede des britischen Ministerpräsidenten enthält dann noch die Erklärung, die Alliierten seien entschlossen, „das alte Belgien wieder erziehen zu sehen“. Sehr viel weniger bestimmt — oder sogar ohne jegliche Bestimmtheit — spricht Herr Asquith sich über Polen aus. Er begnügt sich damit, es einen „Jynismus“ zu nennen, wenn der Reichskanzler den Standpunkt vertreten habe, Deutschland müsse vor allen Mächten die freie Entwicklung gewisser Völker, die Vögel ihrer Muttersprache und ihrer nationalen Individualität begünstigen. Er weist auf die Germanisierungsbewegungen in den preussischen Ostprovinzen hin. Aber er beschränkt sich auf solche abfälligen Bemerkungen und geht auf die Erklärung des Reichskanzlers, daß die besetzten Gebiete im Osten nicht wieder an Rußland zurückgegeben werden könnten, mit keinem Worte ein. Es braucht nicht nochmals daran erinnert zu werden, daß diese Erklärung des Reichskanzlers sehr viel bestimmter und deutlicher als die Sätze über Belgien — auf die Herr Asquith antwortet — formuliert gewesen ist. Herr Asquith mag, um es zu wiederholen, an dieser englisch-französischen Festtafel vor allem die Absicht gehabt haben, die Solidarität zu betonen, welche die westlichen Völker eint. Aber in seiner sehr bedeutungsvollen Rede ist vermutlich alles berechnet und abgemessen — sowohl das, was er sagt, wie das, was er nicht berührt.“

Mag es nun Zufall oder Absicht sein, so ist es jedenfalls interessant, daß an demselben Tage, wo Theodor Wolff diesen Artikel schrieb, der Verfasser der politischen Uebersichten in der „Kreuzzeitung“, Prof. Otto Soehlich, das Thema: „Wo steht der Hauptfeind?“ wieder aufnahm und mit großer Wärme für eine Orientierung der deutschen Politik nach dem Osten — selbst um den Preis der völligen Preisgabe Belgiens und der entsprechenden Regelung der orientalischen Frage — eintrat:

„Wenden wir uns auf die Entloosung Rußlands in den letzten drei Jahrzehnten und nehmen wir die ungeheure Schwächung hinzu, die es durch diesen Krieg erfährt, so scheint uns klar zu sein, wie in der heute allein möglichen Begrenzung die Frage nach dem Hauptfeinde nach dem Kriege zu entscheiden ist. In sich mögen diese Erwägungen heute nur für unser politisches Denken von Wert sein, aber reine Theorie sind sie nicht, weil sich nach diesem Gesichtspunkte offensichtlich die Art und Weise bestimmt, in der unsere Diplomatie an die Liquidation dieses Krieges heranzugehen hat.“

Gewissermaßen als Ergänzung dieses Standpunktes sei die Äußerung des Grafen v. Reventlow, des Leitartiklers der „Deutschen Tageszeitung“, zu der Rede Asquiths wiedergegeben:

„Der vorliegende Auszug der Asquithschen Rede zeigt sozusagen zwischen den Zeilen — wir möchten darauf nachdrücklich hinweisen — den vorzüglich durchscheinenden Wunsch, mit dem Deutschen Reich über Belgien in einen gewissen „Meinungsaustausch“ einzutreten.“

Nach der Ansicht Reventlows liege es lediglich im britischen Interesse, die belgische Frage jetzt in den Fluß einer internationalen Erörterung zu bringen.

„Es liegt ferner sehr nahe — fährt er fort —, angesichts des neuzeitlichen Beschlusses der französischen Sozialisten in Betreff Wiederherstellung internationaler Beziehungen, ferner der Stellungnahme der deutschen Sozialisten und des deutschen Preistuns zum Thema Belgien, daß Asquith hier eine günstige politische Konjunktur für Durchsetzung des alten britischen Belgienstandpunktes zu erblicken glaubt.“

„Worin aber der „Belgienstandpunkt“ derer um Reventlow besteht, formuliert ganz hübsch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Schwerindustrie:“

„Der Gegensatz zwischen dem Kriegsziel Bethmann Hollwegs, daß Belgien nie wieder ein Einfallstor in der Hand Englands werde, und dem Asquiths, daß Belgien dauernd ein Brückenkopf Englands sei, ist eben unüberbrückbar. Hier gibt es kein Kompromiß, sondern nur Kampf bis aufs Messer.“

Eine eigenartige Verquickung dieses Standpunktes etwa mit dem des „Berliner Tageblatts“ liefert endlich Herr Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung“:

„Die Hauptfrage scheint, wie Herr Asquith sich zu der belgischen Frage stellt, über die der Kanzler ausführlich gesprochen hat. Ueber die „realen Garantien“, die der Kanzler forderte, schweigt sich Herr Asquith vollkommen aus. Er verlangt die Wiederherstellung des alten Belgien und den Wiederaufbau des Landes. Wenn Herr Asquith unter der Wiederherstellung des alten Belgien die Wiedereinfügung des früheren geographischen Begriffes in die Landkarte Europas versteht, so würde sich vermutlich über diesen Punkt reden lassen. Aber wenn er so mehr als einen geographischen Begriff gedacht hat, wenn er wirklich politisch alles ungeheuer machen will, was in und wegen Belgien passiert ist, so würde jede weitere Unterhaltung mit Herrn Asquith unnützlich sein.“

Nach wie vor stehen wir daher auf dem Standpunkt, daß auf einen Frieden mit England — und über England mit seinen Verbündeten — augenblicklich auf einer Basis, die unseren großen Waffenerfolgen auch nur einigermaßen Rechnung trägt, nicht gerechnet werden kann.“

Die zitierten Äußerungen kennzeichnen ungefähr das Bild, das die bürgerliche Presse zurzeit in ihrer Stellung zu der aktuellen Tagesfrage bietet. In der Hauptfrage sind es dieselben Anschauungen und parteipolitischen Schwärzungen, wie wir sie seit Jahr und Tag in den betreffenden Organen, als den Vertretern bestimmter gesellschaftlicher Gruppen finden. Neu ist an ihnen weniger die Argumentation und die Zielrichtung, als ihre Zuspitzung auf konkrete Dinge. Und eben deshalb erachteten wir es, trotz der Unvollständigkeit des sich aus diesen Stimmen ergebenden Bildes als geboten, von ihnen zusammenhängend Notiz zu nehmen. (z)

Die Unruhen in Holland.

Von J. S. Ankersmit - Amsterdam.

Was sich am vergangenen Freitag in Holland ereignet hat, die plötzliche Einziehung aller militärischen Urlaubsteilungen, hat im Ausland zu allerhand Vermutungen den Anlaß gegeben. In der Presse der Mittelmächte glaubte man als richtig mitteilen zu können, daß englischerseits ein Angriff auf die Neutralität Holland geplant war, während man in der Presse der Alliierten umgekehrt dessen sicher war, daß es sich nur um einen deutlichen Angriff handeln könnte. Im Lande selber war man weniger schnell mit seinem Urteil fertig. Zwar liefen die verschiedensten Gerüchte mit seinem Urteil fertig. Zwar liefen die verschiedensten Gerüchte mit seinem Urteil fertig. Zwar liefen die verschiedensten Gerüchte mit seinem Urteil fertig.

Die offizielle Erklärung der holländischen Regierung ist gleich nach einer von der Regierung veranlaßten geheimen Sitzung der Zweiten Kammer, die nur anderthalb Stunden dauerte, veröffentlicht worden. Die Erklärung lautet:

„Die Regierung legt Wert darauf, im Anschluß an die Mitteilungen in der Geheimhaltung öffentlich mitzuteilen, daß die Einstellung der Urlaubsteilung eine Maßnahme der Fürsorge ist in Verbindung mit dem festen Entschluß, unsere Neutralität unter allen Umständen zu handhaben. Diese Maßnahme ist nicht eine Folge existierender politischer Entwicklungen, sondern ist begründet auf Angaben, die eine Zunahme der Gefahren, denen unser Land ausgesetzt ist, fürchten lassen. Es wäre nicht im Interesse des Landes, vom Inhalt dieser Angaben irgendwelche Mitteilung zu machen.“

Diese Mitteilung ist, wie man sieht, sehr dürftig. Sie wird hier aber allgemein so aufgefaßt, daß von der Abtät eines Angriffs auf die holländische Neutralität seitens einer der kriegführenden Mächte keine Rede ist, daß aber die holländische Regierung Ursache hat, anzunehmen, daß sich in kurzem die allgemeine Kriegslage und die Kriegsbereitschaft verschärfen könnten, und in diesem Falle die Wahrung unserer Neutralität eine erhöhte Anstrengung erfordern würde. Keineswegs nun auch nur den Schimmer einer Andeutung zu machen, daß die holländische Regierung derartige Wahrscheinlichkeiten für gegeben hält, sondern nur um einige Beispiele zu geben, welche ich auf die Möglichkeit einer solchen Veränderung der Lage an der Westfront hin, daß aus neuen, wie in den ersten Kriegsmomenten an der holländischen Grenze größere ausländische Truppenabteilungen zu internieren seien, oder auch auf die Möglichkeit eines Seegefechts in der Nähe unserer Küste, wobei vielleicht ausländische Kräfte auf die Küste flüchten könnten und dann ebenfalls zu internieren seien.

Jedenfalls hat das Vorgefallene die gute Seite gehabt, daß wieder einmal das ganze Ausland hat verspüren können, wie die holländische Regierung die feste Absicht hat, keinen lässlichen Einbruch auf unsere Neutralität zu akzeptieren. Der holländische Staat hat sich in diesem Weltkrieg neutral erklärt und hat nur den einzigen Wunsch, bis zum Ende neutral zu bleiben. Dieser Wunsch stimmt auch überein mit dem Wunsche fast der ganzen Bevölkerung, eine Tatsache, die selbstverständlich die Neutralität sehr verstärkt. Der Umstand, daß beim Bekanntwerden der Urlaubsteilungen die Veranlassung hierzu nicht bekannt war, so daß also alle Möglichkeiten angenommen werden konnten, hatte zur Folge, daß dieser Neutralitätswille, der in seinem Wesen ein Friedenswille ist, in ungerühmtester Weise in die Erscheinung trat. Mir ist keine Stimme bekannt geworden, die sich dafür aussprach, einen Angriff auf die holländische Neutralität hinzunehmen aus Sympathie für eine der beiden kriegführenden Gruppen. Damit ist nicht gesagt, daß nicht ein großer Teil der Bevölkerung, soweit sie sich über solche Sachen ein Urteil bildet, mit seiner Sympathie auf einer der beiden Seiten steht. Nur ist damit gesagt, daß es hier kaum einen gibt, der dieser Sympathie zu Liebe auf die Neutralität des Landes verzichten möchte.

Es ist nicht überflüssig, diese Dinge in der deutschen Presse einmal genau festzustellen, wenn sogar ein angeführtes und in seinen Nachrichten vertrauenswürdiges Blatt sich anlässlich der Gerüchte über englische Angriffspläne auf Holland mitteilen läßt, deutsche Kaufleute, die aus Holland zurückkamen, hätten mitgeteilt, in den letzten Tagen sei dort die Stimmung für Deutschland, oder wenn viele deutsche Blätter schreiben, die holländischen militärischen Maßnahmen seien gegen die Alliierten gerichtet. Jeder derartige Zeitungsklatsch ist unnützes Gerede, das nur dazu beitragen könnte, in der deutschen Öffentlichkeit unrichtige Vorstellungen um sich greifen zu lassen. Holland ist als Staat vollständig neutral, und seine Neutralität liegt fest verankert in dem Friedenswillen und dem Abscheu vor dem menschenmörderischen Weltkriege, welche die überwältigende Mehrheit seiner Bevölkerung erfüllen.

Hollands militärische Vorbereitungen.

Zürich, 13. April. (Z. N.) Aus Berichten des Amsterdamer Korrespondenten der „Neuen Züricher Zeitung“ geht hervor, daß die holländische Regierung die vorzeitige Einberufung der Jahresschiffe 1917, die auf Oktober in Aussicht genommen war, erwägt. Es sei verfrüht, auf die baldige Rückkehr normaler Zustände zu schließen. Die Kriegsbereitschaft dauere fort und werde verstärkt.

Die Woche vom 2. bis 9. April.

Von Richard Gähle.

Die Woche ist wesentlich mit einer Reihe erfolgreicher deutscher Vorstöße in dem Kampfgebiet westlich Verdun ausgefüllt worden. Die vorbeste feindliche Stellung, die sich bei Beginn der deutschen Offensive am Nordende des Waldes von Ralancourt und von dort etwa 1 Kilometer nördlich des Forgesbades in Richtung auf das am Ufer der Maas gelegene Dorf Brahan erstreckte, ist nunmehr völlig in der Hand der Deutschen. Sie hatte die stark befestigten Dörfer Ralancourt, Béthincourt, Forges umfaßt, die sämtlich in Einzelunternehmungen gegen einen außerordentlich zähen Widerstand der französischen Infanterie erklüftet werden mußten. Nur das schon in der Nacht vom 6./7. März genommene Dorf Forges fiel durch Hebererfassung verhältnismäßig leicht in unsere Hände, indem die Deutschen durch die überbrückten Maasweiden von der Planke und vom Rücken her herankamen, die vom Gegner für unangreifbar gehalten worden waren. Der französische Kommandant wurde zur Strafe vor ein Kriegsgericht gestellt und bald darauf den Truppen angedroht, daß auf weidende Linien in Zukunft mit Maschinengewehren und Geschützen würde gefeuert werden. Man griff also bereits, um die Verteidigung hartnäckiger zu gestalten, zu den drastischen Mitteln der russischen Kriegsführung. Doch nicht mit vollem Erfolge. Denn wo die Moral der Truppe einmal gebrochen oder der Widerstand materiell unmöglich geworden ist, pflegen solche unmenschlichen Mittel auf die Dauer auch zu versagen. Wenn gleichwohl die Verteidigung der Franzosen eine glänzende gelitten ist und uns das Gelände Schritt für Schritt mit verbesserter Tapferkeit freiwillig gemacht hat, so spricht dies für den vorzüglichen Geist der Truppen, den nicht anerkennen zu wollen unecht wäre.

Die Deutschen haben demgegenüber ihre weiteren Angriffe nach Art des Festungsbekrieges geführt, indem auch sie die großen Stürme der ersten erfolgreichen Tage aufgaben, jedes weitere Vorgehen erneut durch die Massendiversion und die systematische Beschießung schwerer Batterien vorbereiteten, die feindliche Front Punkt für Punkt durch Hammerschläge erschütterten und schließlich durch aufeinanderfolgende Einbrüche langsam annagten.

So ist es ihnen schließlich gelungen, vom Walde von Ralancourt bis zur Maas eine Frontbreite von 11 Kilometern in ihre Hand zu bringen und ihre eigenen Linien nach und nach um 3 bis 4 Kilometer vorwärts zu treiben.

Im einzelnen verliefen die Kämpfe in der Berichtwoche folgendermaßen. Am 2. April gewannen unsere Truppen überall Tal und Ufer des Forges-Bades, von Ost und West nimmend das Dorf Béthincourt umschlingend, das sich wie eine Insel, rings umbrannt, noch immer behauptet, obwohl von Osten her seine rückwärtigen Verbindungen schon seit Wochen schwer bedroht waren. Es kam nun darauf an, auch vom Westen her seine Rückseite mehr und mehr abzuschnüren.

Nachdem am 3. und 4. April der Geschützkampf mit voller Wucht geacht hatte und am letzteren Tage ein Versuch der Franzosen abgewiesen war, sich der Mühle östlich Ralancourt im Tale des Forges-Bades wieder zu bemächtigen, erstürmten unsere Truppen am 5. April das Dorf Brahan, das etwa 30 Meter südlich des Dorfes Ralancourt, und zwar auf der Südseite des genannten Bades beinahe. Zwei feindliche Stützpunkte östlich davon fielen gleichfalls in unsere Hand. So hatten sie festen Fuß in dem Gelände südlich des Bades auch an dieser Stelle gefaßt und erweiterten zwei Tage später ihre Angriffslinien, indem sie ihnen den Termittelhügel und zwei starke Stützpunkte hinzufügten. Am 9. April endlich wurde dann auch das Dorf Béthincourt genommen. Das französische Hauptquartier behauptet, daß es auf Befehl freiwillig geräumt sei. Es ist nach Lage der Dinge wahrscheinlich, daß diese Absicht sich schließlich bei der feindlichen Heeresleitung Bahn gebrochen hat. Denn nach den deutschen Erfolgen des 5. und 7. April war das Dorf ein verlorenes Posten, seine starke Befestigung dem sicheren Untergange verfallen. Aber die Räumung ist in jedem Fall zu spät ausgeführt worden; das beweisen die schweren blutigen Verluste, die die Franzosen hier erlitten, und die Zahl von 720 unterwundenen Gefangenen, die sie in den Händen der kühnen Schlesier lassen mußten. Unsere Linie hat sich nunmehr auf der ganzen Front westlich der Maas an die zweite französische Verteidigungsstellung und an einzelnen Punkten auf kürzeste Entfernung herangearbeitet. Diese zieht sich vom Südende des Waldes von Cheppy her, hart nördlich des Dorfes Ralancourt vorbei über den mächtigen Hüdenberg 304 und dicht südlich des „Toten Mannes“ hin auf den Nordrand des Dorfes Cumières, wo sie den Anschlag an die Maas-Niederung gewinnt. Ihre Länge in dieser Ausdehnung beträgt etwa 13 Kilometer Luftlinie.

Weniger lebhaft war in der Berichtwoche die Tätigkeit auf dem östlichen Maasufer, natürlich abgesehen von dem meist fortwährenden Kampfe der beiden Artillerien. Immerhin gelang auch hier eine Verfestigung unserer Linien, indem unsere Truppen südlich von Dorf und Feste Douaumont und in dem Caillette-Wald französische Linien am 8. April erstürmten, in den folgenden Tagen aber wiederholte starke Gegenangriffe feindlicher Truppen abwiefen. Der Verlust der Verteidigungsanlagen im Caillette-Wald, das sich gegen die französische Hauptstellung weit vorschiebt, ist besonders schmerzhaft für den Gegner.

Wie während der ganzen Zeit der Unternehmung um Verdun hat auch während der Berichtwoche auf den übrigen Fronten des westlichen Kriegsschauplatzes nicht völlige Ruhe geherrscht. Immerhin vermindert die Bedeutung dieser Kampfintensität gegenüber den Ereignissen zu beiden Seiten der Maas. In dem Argonnenbergwalde, unmittelbar westlich des eigentlichen Kampfgebietes, geht der Kleinkrieg, wie schon seit 1½ Jahren, ununterbrochen weiter. Es sind jetzt meist die Franzosen, die keine Vorstöße gegen die Mitte der deutschen Stellung von Four de Paris aus versuchen. Etwas größeren Umfang haben die Kämpfe südlich St. Eloi, bei Jpern, angenommen, wo es den Engländern am 3. April gelang, den am 28. März verlorenen Sprengtrichter und wieder abzunehmen. Drei Tage später wurden sie erneut hinausgeworfen, und ihr Gegenangriff am 9. April blieb erfolglos.

Auch in den Vogesen wurde am 7. April südlich Sondernach gekämpft, indem deutsche Truppen eine vorgeschobene französische Stellung am Südsenke mit glücklichem Gelingen ausräumten.

Die Luftangriffe auf England haben in dieser Zeit einen bisher ungewohnten großen Umfang angenommen. Vom 31. März bis zur Nacht vom 5. zum 6. April haben unsere Zeppelin fünfmal die Insel heimgesucht und, wie es scheint, beträchtliche Zerstörungen an Gebäuden, Werften, Eisenwerken angerichtet. Den Umfang der Zerstörungen genau zu erfahren, wird wohl erst nach Beendigung des Krieges möglich sein.

Auf allen übrigen europäischen Kriegsschauplatzen hat sich in den letzten sieben Tagen wenig ereignet. Der einzige in schmaler Front aber heftig angelegte russische Angriff südlich des Karoz-See am 6. April konnte nur den Zweck liefern, daß die große Offensive gegen Hindenburgs Heer, durch die das letzte Drittel des März ausgefüllt war, in der Tat völlig zusammengebrochen ist und sobald auch nicht wieder in breiter Front aufgenommen werden kann. Die Berichte stimmen übrigens darin überein, daß die russischen Soldaten tapfer, aber auch sehr ungeschickt angegriffen haben, daß sie in schwierigen Lagen hilflos waren und daß die niedere Führung völlig versagt hat. Dieses Bild werden auch in Zukunft alle Angriffe der Russen in verstärkter Maße bieten. Ein Heer, das zu zwei Dritteln aus Analphabeten besteht, die nicht wissen, wofür sie sich schlagen, militärisch ganz oberflächlich ausgebildet sind und zum großen

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 13. April 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im allgemeinen konnte sich bei den meist ungünstigen Beobachtungsverhältnissen des gestrigen Tages keine bedeutendere Geschäftstätigkeit entwickeln. Jedoch blieben beiderseits der Maas, in der Woivre-Ebene und auf der Côte südlich von Verdun die Artillerien lebhaft tätig.

Südlich von Albert nahm eine deutsche Patrouille im englischen Graben 17 Mann gefangen.

Ein französischer Gasangriff in Gegend von Puisseleine (nordöstlich von Compiègne) blieb ergebnislos.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Karoz-See verstärkte sich das russische Artilleriefeuer gestern nachmittag merklich.

Östlich von Baranowitschi wurden Vorstöße feindlicher Abteilungen von unseren Vorposten zurückgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 13. April. (W. Z. V.) Amlich wird verkauft:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nach wie vor un verändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Artilleriefeuer hält an zahlreichen Stellen der Front mit wechselnder Stärke an.

An der Ponale-Strasse sind wieder Kämpfe im Gange.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Teil von schnell gesprochenen, unerfahrenen, vielfach revolutionär gestimmten Offizieren in unzureichender Zahl geführt werden, hat selbst bei größter Uebermacht gegen unser intelligentes Volkshoer keine Aussicht auf Erfolg. Auch im Kriege steigt der Geist über die Materie.

Die Verhältnisse auf den asiatischen Kriegsschauplatzen, von denen nur spärliche, einander widersprechende Nachrichten eingehen, lassen sich sehr schwer beurteilen. In Armenien scheint der russische Vormarsch sich mindestens sehr langsam zu haben, und die Russen selbst melden, daß die Türken wieder begannen, zum Angriff überzugehen. Im Irak hält sich General Townshend noch immer in seinem befestigten Lager von Kut-el-Amara, aber der englische Entlastungsversuch, zu dem General Gorringe, der Nachfolger des Generals Ashmead, am 5. April wieder angetreten ist, hat bisher ebenfalls nicht zum Ziele geführt. Die Türken behaupten sogar, daß die Engländer aus den an diesem Tage gewonnenen Vorstellungen nach ihrem vergeblichen Angriff auf die Hauptverteidigungslinie am 6. April wieder hinausgeworfen seien.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht vom Mittwoch nachmittag: Auf dem linken Ufer der Maas haben die Deutschen heute morgen auf unsere Stellungen am Cauretteswald zwischen dem „Toten Mann“ und Cumières einen Angriff gerichtet, bei dem sie brennende Flüssigkeiten schleuderten. Der Feind wurde überall zurückgeschlagen. Auf dem rechten Ufer starke Artillerietätigkeit zwischen Douaumont und Vaug. Der Feind erneuerte jedoch während der Nacht seine Angriffsversuche nicht. Es bestätigt sich, daß die gestrige sehr heftige Offensivtätigkeit, die um 4 Uhr nachmittags auf diesen Abschnitt gerichtet war und die wir überall zurückgeschlagen haben, dem Feinde sehr beträchtliche Verluste gelistet hat. Die Nacht verlief auf dem übrigen Teil der Front verhältnismäßig ruhig.

Paris, 13. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht vom Mittwochabend: In Belgien war unsere Artillerie in der Gegend von Langemarz tätig. Zwischen Somme und Oise hat unser zerstörerisches Feuer die Gräben westlich von Parvillers und in der Gegend von Noye verflüchtigt. In den Argonnen liegen wir bei Fille Morte, Haute Chevauchée und Bauquois vier Luetschminen aufzulegen. Nach einem Kampf mit Handgranaten haben wir die Südränder zweier Trichter vor unseren Gräben im Abschnitt von Courtes Chausées besetzt. Westlich der Maas heftige und andauernde Beschichtung bei der Höhe 304, in der Gegend von Cœnes und des Toten Mannes. Östlich der Maas und in der Woivre Artillerietätigkeit. In einem Vorgehen der Infanterie ist es im Laufe des Tages nicht gelungen.

Belgischer Bericht: Auf der Front der belgischen Armee herrichte Ruhe.

Die englische Meldung.

London, 12. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht. Gestern abend führten wir eine erfolgreiche kleine Unternehmung gegen die feindlichen Gräben in der Nähe von Nichebourg und Lovoue durch, bei der wir zehn Deutsche töteten. Der Feind griff gestern abend dreimal hintereinander westlich der Straße Villiers-Hyern an. Beim ersten Angriff gelang es ihm, in unseren Gräben Fuß zu fassen, er wurde aber rasch vertrieben. Seine anderen Angriffe wurden abgeschlagen, wobei er fünfundzwanzig Tote und drei Gefangene zurückließ. Wir beschossen heute die feindlichen Gräben in diesem Gebiete. Besonders tätig war die Artillerie nordwestlich von Whysaete, etwas auch bei Soudeux, Corency und Galonne. Die feindliche Artillerie war hinter St. Eloi sehr tätig, beschuß aber wenig unsere vorderste Linie und die Trichter. Es stellt sich jetzt heraus, daß die hier in der Nähe kämpfenden Kanadier dem Feinde in der letzten Woche schwere Verluste zugefügt haben.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 13. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht vom 12. April. Westfront: An der Düna und südlich von Dänaburg stellenweise Infanterie- und Artilleriefeuer. Feindliche Artillerie beschuß gestern in der Gegend des Brückenkopfes von Ilegküll mehrere Unterläufe. Bei Ruzh (40 Kilometer) südwestlich Winal hatten freiwillige Erkundungsabteilungen von uns einige für uns erfolgreiche Zusammenstöße mit deutschen Patrouillen. Nördlich und südlich des Bahnhofs von Dlyla machte der Feind Versuche, an unsere Gräben heranzukommen und sich vor ihnen einzugraben. Wir wiesen ihn zurück.

Kaukasus: In der Gegend westlich Erzerum eroberten unsere Truppen wiederum Teile türkischer Stellungen. Bei Bittlis wurden alle Angriffe des Gegners abgeschlagen. Die südlich des Urmia-See geworfenen türkischen Banden gehen fluchtartig nach Süden zurück.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 12. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht. Im Vedrotale haben wir durch methodisches Fortschreiten unserer Offensive die Weizung auf den Höhen am Nordufer des Ponale zwischen dem Concaitale und dem Gardasee weiter ausdehnen können. Unterstützt durch wirksames Artilleriefeuer konnte unsere Infanterie eine starke Linie von Gräben und Feldbefestigungen längs der Südhänge des Monte Peri, auf dem Kamm des Oro und auf den abschüssigen Felsen des Monte Sperone erobern. Es gelang dem Feinde, nachdem er schwere Verluste erlitten hatte, durch das Gelände begünstigt, sich zurückzuziehen, er mußte aber an zwanzig Gefangene in unseren Händen zurücklassen. Wir haben gestern unser heftiges Artilleriefeuer in der Gegend zwischen Usc und Vercata, im obersten Cautal, an der Bella und längs des Fionzo fortgesetzt. Wirkames Feuer unserer Artillerie verhinderte den Feind, das Fort Luferna (oberes Astico) wieder in Stand zu setzen, und zerstörte Depots in Santa Caterina und Uggowitz (im Felatale). Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 12. April. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers. An der Frontfront keinerlei Veränderung. Eine aus persischen Krieger und unseren Abteilungen bestehende Truppenmacht griff am Morgen des 8. April bei Santschbulak und Umgegend russische Kavallerie an, deren Stärke auf ungefähr drei Regimenter geschätzt wurde, und zwang sie, in der Richtung auf Urmia zu fliehen. Die persischen Krieger zeichneten sich bei dieser Gelegenheit besonders aus. An der kaukasischen Front nichts Wichtiges bis auf Patrouillenscharmügel. Einige feindliche Torpedoboote, die in den Gewässern von Smyrna erschienen, wurden durch unsere Artillerie vertrieben. Ein Wachtboot, das auf der Höhe von Tschelme erschienen war, wurde durch einen Schuß unserer Artillerie getroffen. Am 9. April kamen Banditen in vier großen Barken und versuchten bei Kalamata westlich von Kusch-Abasi zu landen, sie wurden jedoch durch das Feuer unserer Küstenwachen gezwungen, sich wieder einzuschiffen und zu entfliehen.

80 feindliche Handelsschiffe im März versenkt.

Amlich. Berlin, 13. April. (W. Z. V.) Im Monat März 1916 sind 80 feindliche Handelsschiffe mit rund 207000 Brutto-Registertonnen durch deutsche U-Boote versenkt worden oder durch Minen verloren gegangen.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 12. April. (W. Z. V.) Flohds meldet: Wie nummehr berichtet wird, ist der schwedische Dampfer „Kurjal“ versenkt worden.

Barcelona, 13. April. (W. Z. V.) Der holländische Dampfer „Davernie“ (1) ist, aus Regio kommend, hier eingetroffen. Er hatte neun Matrosen des von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot torpedierten russischen Segelschiffes „Imperator“ an Bord.

London, 13. April. (W. Z. V.) Flohds meldet, daß der Dampfer „Anju“, 3600 Tonnen, am 11. d. Mts. torpediert und versenkt wurde. Ferner wurde der Dampfer „Robert Adamsohn“, 3000 Tonnen, torpediert und versenkt. Die Besatzung wurde gelandet.

Die „Tubantia“-Affäre.

Haag, 13. April. (W. Z. V.) Das Marineministerium teilt mit, daß der Dampfer „Wodan“ Dienstag, den 11. d. Mts., von der Unteruchung des Wracks der „Tubantia“ nach Raasvluis zurückgekehrt ist. Das Wrack lag etwa 6,2 Seemeilen nordöstlich vom Feuerort „Noordhinder“, also ungefähr 51 Grad 28 Min. 40 Sek. nördlicher Breite und 2 Grad 50 Min. 15 Sek. östlicher Länge von Greenwich. Das günstige Wetter und die besondere Durchsichtigkeit des Wassers am Sonntag und Montag gaben Gelegenheit, das Wrack genau durch Taucher untersuchen zu lassen. Das Schiff liegt fast ganz flach auf der Backbordseite, so daß die Steuerbordseite, in die durch die Explosion ein Loch von ungefähr 12 Meter Breite geschlagen wurde, nach oben gefehrt ist. Das Deck liegt ungefähr zehn Meter unter der Oberfläche. Die Taucher untersuchten die Oberdeck und stiegen durch die erwähnte Öffnung ins Schiff. Reste eines Torpedos oder einer Mine wurden nicht gefunden. Es wurden auch keine Besonderheiten entdeckt, die Licht in die Sache bringen könnten.

Aus einer anderen Quelle aber hat man sehr wichtige Anhaltspunkte für die vermutliche Ursache des Unglücks erhalten. Außer den schon in der Mitteilung vom Sonnabend, den 25. März, erwähnten Metallstücken, die in zwei Booten der „Tubantia“ gefunden wurden, wovon eines mit ziemlich großer Sicherheit als ein Teil einer bronzenen Luftkammer eines Torpedos erkannt wurde, wurden auch in einem anderen Boot der „Tubantia“, das am 1. April vom niederländischen Torpedoboot „G. 3“ nach Terichelling gebracht wurde, Metallstücke gefunden. Eins davon ist ein Stück von einem Torpedomechanismus und mit einer eingepreßten Nummer versehen, wodurch zusammen mit der Tatsache, daß, soweit bekannt, Torpedos mit bronzenen Luftkammern nur von der Firma Schwarzkopff verfertigt werden, vermutlich die Identität des Torpedos, der die „Tubantia“ getroffen hat, festgestellt sein wird.

Um die Mitwirkung der deutschen Regierung zu diesem Zweck wurde ersucht.

Neue Einberufungen in Rumänien.

Bukarest, 13. April. (W. Z. V.) Die Kammer hat den Etat angenommen. Ein eingebrachter Gesetzentwurf betrifft die Einberufung des Jahrganges 1917 zum Waffendienst, ein weiterer Gesetzentwurf verschärft Strafbestimmungen gegen den Schmuggel.

Das Schicksal der österreichisch-ungarischen Gefangenen in Serbien.

Wien, 12. April. (W. Z. V.) Die schon während des Krieges in Serbien eingetroffenen Nachrichten über grausame Behandlung österreichisch-ungarischer Kriegsgefangener seitens der Serben werden durch Berichte der vom Kriegsministerium ausgesandten Hilfsmissionen bestätigt. Aus dem Bericht des Leiters einer dieser Hilfsmissionen geht hervor, daß die Kriegsgefangenen an den Hilfsstellen mit abgerissenen Uniformen und vollständig abgemagert, oft mit erkrorenen Gliedmaßen eintreffen. Viele tausende Kriegsgefangene sind

hauptsächlich in Albanien infolge von erlittenen Entbehrungen, Wundhandlungen, ansteckenden Krankheiten verstorben oder wurden, wenn sie nicht mehr konnten, einfach niedergemacht. Ein aus der Gefangenschaft befreiter Mediziner erzählte, daß die österreichisch-ungarischen Soldaten bei der Gefangennahme ihres gesamten Eigentums benützt wurden. Zur Unterbringung der Gefangenen wurden zumeist Ställe und Schuppen verwendet, die nie gesäubert, nie mit frischem Stroh belegt wurden und vor Ungeziefer strotzten. In einem Stall für neunzig Pferde waren gegen zweitausendhundert Menschen untergebracht; hunderte mußten im Dezember 1914 in der größten Kälte und Nässe wochenlang die Nächte im Freien verbringen. Erst als der Flecktyphus, der infolge dieser Zustände schnell zunahm, auch auf die Zivilbevölkerung übergriff, wurden Gegenmaßnahmen getroffen. Die Gefangenen wurden zu den schmutzigsten und niedrigsten Arbeiten verwendet. Infolge ungenügender Verpflegung gingen Tausende zugrunde. Von allen österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Serbien dürften kaum mehr als 20 Proz. leben, zumal auch die sanitären Maßnahmen völlig ungenügend waren. In den Spitälern selbst herrschten so arge Zustände, daß schließlich sämtliche Ärzte und Pfleger typhuskrank wurden.

Englische Debatte über den Handelskrieg.

London, 11. April. (B. Z. V.) Oberhaus. (Ausführliche Meldung.) Lord Courtney sagte, Kuncimans Erklärung im Unterhause, daß der deutsche Handel nach dem Kriege nie wieder sein Haupt erheben dürfe, wie vorher, müsse in Verbindung mit der Ankündigung der Pariser Konferenz nicht nur in England Beforgnis erwecken, sondern auch in Deutschland sehr unglücklich wirken. Die Deutschen müßten durch die Erklärung aufgereizt werden, daß auf den militärischen Krieg ein Handelskrieg folge, und daß ein neuer Aufschwung von Handel und Industrie in Deutschland im Keime erstickt werden müßte. Lord Courtney erklärte sodann die Schwierigkeiten einer Schutzpolitik für England und Indien und fuhr fort: Asquith sagt, Belgien müsse seine alte Unabhängigkeit wiedererlangen. Aber das alte Belgien kann nicht wieder entstehen, wenn Deutschland nicht wirtschaftlich gebeutelt. Antwerpen und Rotterdam sind geographisch Vorposten von Deutschland und von ihm abhängig und wenn man Deutschland niederhalten will, so muß man auch Antwerpen und Rotterdam niederhalten.

Lord Crewe erwiderte, Lord Courtney mache sich offenbar Illusionen über die Verhältnisse in Deutschland, als ob eine Partei in Deutschland zu einem sofortigen Frieden bereit wäre, dessen Bedingungen die Alliierten annehmen könnten; die Verhandlungen über die Vernichtung Deutschlands seien vielfach mißverstanden worden. Was habe Deutschland in kommerzieller Hinsicht getan, daß die Leute hier und in Frankreich entschlossen seien, Deutschland späterhin nicht die Macht zu lassen, seine frühere Tätigkeit wieder aufzunehmen? Deutschland habe die Ausdehnung seines Handels und politische Mänke mit einer Kühnheit und einem Ehrgeiz verbunden, für die es in der Vergangenheit keine Parallele gebe. Wenn Lord Courtney den deutschen Unternehmungsgeist von dem deutschen Militarismus, den Charakter des deutschen Volkes von den Ansprüchen des deutschen Generalsstabes zu trennen gedenke, so habe er etwas Unmögliches versucht. Man könne diese militärischen Ansprüche, die die Welt in Brand gesetzt haben, von der allgemeinen Antriebskraft Deutschlands auf der ganzen Welt nicht trennen. Das Bild, das Lord Courtney von Deutschland entworfen habe, wozu es dort zwei Nationen gebe, die eine, für jede Art von Angriff gerüstet und bereit, die andere voller friedlicher Absichten und nur bedrückt, die deutsche Zivilisation in der ganzen Welt auszubreiten, worin sie auch bestehe, das sei ein Bild, dem man nicht Glauben schenken könne. Das Gift sei zu tief in den ganzen Körper des deutschen Volkes eingedrungen. Die Idee, daß der Handelsverkehr nach dem Kriege genau auf der früheren Basis wieder beginnen könne, sei nicht zu verwirklichen.

Die Friedenskampagne der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Wie der „Labor Leader“ vom 30. März meldet, hat der Aufruf des Nationalrats der Unabhängigen Arbeiterpartei zur Friedenspropaganda begeisterte Aufnahme gefunden. Die Kampagne wurde durch die Verbreitung der Sondernummer des „Labor Leader“ mit den Friedensreden des Genossen Snowden und der anderen Friedensfreunde eröffnet. 250 000 Exemplare wurden mit großem Erfolg verteilt, davon 20 000 im Hydebezirk, wo eine Nachwahl stattfand. Merkwürdig ist auch, daß sich in diesem Bezirk, wo trotz des Aufgebots der Glangredner der drei Parlamentsparteien keine Wählerversammlung von mehr als 200 Personen besucht war, eine von der Unabhängigen Arbeiterpartei veranstaltete Versammlung über tausend vereinigte. Eine Resolution, die die Regierung aufforderte, die erste Gelegenheit zu benutzen, um über einen ehrenhaften Frieden zu unterhandeln, wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Eine gleiche Resolution wurde in einer Versammlung in Keir Hardies' altem Wahlkreis Northey Lybvil von über 3000 Personen einstimmig angenommen. Die vom „Labor Leader“ eröffnete Sammlung zur Unterstützung der Flugblattpropaganda nimmt einen guten Fortschritt. In einem Brief an die Redaktion schreibt Charles Roden Duxton: „Die Zeit für eine solche Propaganda (für Friedensverhandlungen) ist reif. . . In Frankreich wie in Belgien sieht man immer klarer die Nichtigkeit extremer und aggressiver Forderungen ein. Wie die Dinge stehen, wäre es ein Verbrechen, wenn die betroffenen Regierungen nicht endlich versuchten, eine befriedigende Lösung der strittigen Fragen durch Verhandlungen zu finden, bevor sie neue große Operationen unternehmen, worin das Leben so vieler ihrer besten jungen Männer geopfert werden müßte.“ — Ein liberaler Leser schreibt dem Blatt: „Ich bin gewiß, daß unter tausenden unserer Landsleute, die wohl schweigen, aber denken, die tiefe Leberzeugung wächst, daß es Zeit ist, etwas zu tun, um der allgemeinen Schlächterei ein Ende zu machen.“

Die Mitteilungen des Blattes über den vorbereiteten Druck von Flugblättern ist inzwischen durch die Meldung der Tagespresse überholt worden, daß die Polizei in der Druckerei der „National Labor Press“ in Manchester-Salford eingedrungen ist und die Druckschriften säubert hat. (2)

Ein englischer Arbeiterführer über den Burgfrieden.

London, 10. April. (B. Z. V.) Der Arbeiterführer Thomas sagte in einer Rede: Wenn der politische Burgfriede im Interesse einer politischen Gruppe gebrochen wird, so ist, was mich und die Engländer betrifft, auch der Burgfrieden in der Industrie nicht mehr möglich. Wir werden nicht ruhig dabeistehen und diese Leute jede Freiheit der arbeitenden Klassen mit Füßen treten lassen. Die allgemeine Wehrpflicht ist nicht nötig, um den Krieg zu gewinnen, die Wehrpflicht und Schutzpolitik werden nur benutzt, um die Arbeiter in Ketten zu schlagen.

Verhalten der Waliser Bergleute.

Die „Birmingham Daily Post“ vom 5. April berichtet: Vor dem Verfallengerichtshof in Rommushill erklärte ein Grubenbesitzer, daß 21 Prozent seiner Leute täglich der Arbeit fernblieben.

Um die Förderung im gleichen Umfang aufrechtzuerhalten, müsse er daher entsprechend mehr Arbeiter beschäftigen. Er glaube, daß in ganz Süd-Wales die Verhältnisse ähnlich liegen. Der Vertreter der Militärbehörde schlug ernste Maßnahmen gegen die schlimmsten der Uebelthäter vor.

Auf der Kohlengrube North Gethyn (Abercarn) sollen letzte Woche 450 Mann im Ausstand gewesen sein. Der Vertreter der Militärbehörde regte an, sie in die Armee zu stecken, das Unterhausmitglied Tom Richards betrachtete jedoch diesen Vorschlag als bloßen Scherz.

Die Opposition in Frankreich.

Kürzlich erst hat das französische Komitee zur Wiederherstellung der internationalen proletarischen Beziehungen einen Aufruf an die Arbeiter erlassen, in dem es seinen Standpunkt mit aller Schärfe zum Ausdruck brachte. Nunmehr hat auch die sozialistische Fraktion dieses Komitees, also die aus Parteimitgliedern bestehende Abteilung, eine neue Flugchrift herausgegeben, aus der neuerdings die schärfste Opposition gegen den Krieg und gegen die den Krieg und die Regierung unterstützende offizielle Partei spricht. Die Flugchrift weist zunächst darauf hin, daß die Vertreter der beiden bedeutendsten Sektionen der Arbeiterinternationale, die deutsche und die französische Sektion, durch ihre Stellungnahme zum Krieg und zu ihren Regierungen ihre glorreiche Vergangenheit verleugnet hätten. . .

Den Reform des Verfassens hätten die französischen Führer geschlagen, indem sie jeden Vorschlag einer gemeinsamen Aktion abgelehnt hätten. „Aber der Fehler aller Fehler — heißt es in dem Aufruf weiter —, das Verbrechen aller Verbrechen haben die Parteiführer begangen, als sie . . . die internationale Solidarität der Arbeiterklasse opferten. Dieser höchste Verrat hat das sozialistische Gewissen Frankreichs gewedt. Eine Opposition, zuerst noch schwach, hat sich gebildet, um gegen diese skandalöse Verleugnung zu protestieren.“

Der Aufruf erhebt alle die Vorwürfe gegen die Führer der französischen Partei, die schon in früheren Manifesten der Widerheit erhoben wurden, und fährt dann fort:

„Genossen! Freunde der Föderationen! Wir richten diese bitteren Worte keineswegs im Namen irgend welcher Ueberlegenheit an euch, von der wir uns frei wissen. Unsere einzige Ueberlegenheit ist die der sozialistischen Ueberzeugung, der wir treu bleiben wollen, selbst um den Preis unseres Lebens, wenn es sein muß, und die für uns alle in unserer Aktion wegweisend sein soll. Der Weltkonflikt ist so grandios und umfassend, daß es sehr verständlich und menschlich ist, wenn einige unter uns vorübergehend den Kopf verlieren und unsere glorreiche Vergangenheit vergessen konnten. Unter anderem hat auch der Tod von Männern wie Breffense und Jaurès, unserer bewunderungswürdigen Führer in den Fragen internationaler Politik, als fast die einzigen in unserer Partei, die diese Fragen von Grund auf überprüften, beitragen können zur Verblendung der Vernunft und des sozialistischen Gewissens in Frankreich.“

Aber es ist hohe Zeit, daß wir uns wiederfinden. Die Lage ist außerordentlich ernst. Unser Land, wie so viele andere Länder, ist von der völligen Verheerung, vom völligen Ruin bedroht.“

Mit folgenden Worten schließt der Aufruf der französischen Widerheit:

„Genossen! Freunde der Föderationen und der Sektionen! Ihr werdet dem nationalistischen und opportunistischen Sozialismus das „Jurid!“ rufen. Ihr werdet bis ans Ende die Internationale verteidigen, dieses echte Vaterland der Zukunft.“

Indem ihr so handelt, rettet ihr die Ehre des französischen Sozialismus und die höheren und dauernden Interessen des französischen Volkes; ihr werdet dadurch das Leben Hunderttausender von menschlichen Wesen retten.“

Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Internationale!
Die sozialistische Sektion des Komitees.“

Eine französische Studiengesellschaft.

In Frankreich ist, wie wir im „Labor Leader“ lesen, vor kurzem eine „Gesellschaft für dokumentarisches Studium und Kritik des Krieges von 1914“ gegründet worden, der Parteien aller Richtungen angehören. Der Regierung aber scheint jenes Studium und jene Kritik nicht sympathisch und die Polizei hat am Sitz der Gesellschaft Handdurchsuchung gehalten. Trotzdem setzt die Gesellschaft ihre Tätigkeit fort. In einer Versammlung sollte General Perier (soll vermutlich Percin heißen, Red. des „Vorwärts“) einen Vortrag über die „militärische Vorbereitung des Krieges“ halten. Der Vortragende erschien indes nicht. Wie es heißt, ist ein amtlicher Druck auf ihn ausgeübt und Entziehung der Pension angedroht worden. Bekannte sozialistische Führer wie Jean Longuet, Pressimane und Kerheim waren unter dem Publikum des verbienderten Vortrages, daneben belgische und französische Juristen, Gelehrte u. a. Der „Labor Leader“ meint, möglicherweise zu optimistisch: „Die Existenz einer solchen Gesellschaft und die Vereinigung einer solchen Versammlung sind beachnend für die Richtung, worin sich die Ereignisse in Frankreich entwickeln.“

Capus und Genossen.

Ein Leser schreibt der „Sozialistischen Auslandskorrespondenz“: In der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 93 (Abendblatt vom 3. März) steht:

„Paris, 2. April. (B. Z. V.) Im „Figaro“ bespricht Capus die Aufnahme der Scheidung in der deutschen Sozialdemokratie bei den französischen Sozialisten, die darin ein Vorzeichen großer Ereignisse sehen wollten. „Für uns aber — sagt Capus — bleiben alle Brücken zwischen Deutschland und uns abgebrochen, bis wir unseren Feinden unsere harten Friedensbedingungen diktiert haben. Daraus ist diese Scheidung in unseren Augen ein unbedeutendes Phänomen, das wir völlig außer acht lassen können. Ein Paase, der weder Sieger noch Besiegter will, ist ebenso unser Gegner wie eine Feinde im Dienste des deutschen Imperialismus. Ein Friede, wie Paase und Liebknecht ihn wollen, würde für uns die unheilvolle Niederlage sein. Jeder Vergleich mit ihnen wäre ebenso ein Verbrechen wie ein direkter Vergleich mit dem Feinde.“

Schöne Seelen finden sich. Einer dieser Schöngelster heißt Mr. Capus aus dem „Figaro“. Versuchen sich aber nicht in dessen Gesellschaft diejenigen, die Paase ebenfalls als ihren Gegner und zwar aus dem gleichen Grunde bezeichneten, weil er „keine Sieger noch Besiegte“ will?

Eine interessante Auseinandersetzung in der Duma.

Einen schlagenden Beweis für die nachhaltige Wirkung der großen Friedensrede, die unser Genosse Tschaidse am 23. Februar in der Duma hielt, erbrachte der Führer der Kadettenpartei Prof. Miljukow, der seine Rede zum Etat des Ministeriums des Innern am 24. März mit einer langatmigen Kritik der Rede Tschaidse's eröffnete. „Wir sind — erklärte er in krassem Widerspruch zu der Haltung selbst der bürgerlichen Mehrheit der Duma — in unserer ungeheuren Mehrheit durchaus einig; es gibt aber eine Ausnahme, und wie schwach diese zahlenmäßig auch sein mag, so muß man mit ihr rechnen, da sie sich auf Ideen stützt, deren Einfluß weit über die Grenzen der engen Kreise hinaus-

reichen kann, die diese Ideen vertreten. Ich spreche hier von dem Standpunkt der internationalen Sozialdemokratie, der von dieser Tribüne mehrfach ausgedrückt wurde, das letzte Mal vom Abg. Tschaidse in seiner Rede vom 23. Februar.“ Weiter verfuhr der liberale Redner die Anschauungen unseres Genossen zu entkräften, indem er sich auf die verschiedenen Kundgebungen der sozialistischen „Mehrheiten“ in den kriegführenden Ländern berief und die Stellungnahme der sozialistischen „Minderheiten“, vor allem aber die Beschlüsse der Zimmerwalder Konferenz, zu denen sich Genosse Tschaidse, wie wir seinerzeit berichteten, namens der Fraktion bekannt hatte, als belanglos hinstellte.

Auf diese Rede erteilte Genosse Tschaidse — da Tschaidse leider infolge einer schweren Erkrankung seit Wochen nicht an den Sitzungen der Duma teilnehmen kann — in der Sitzung vom 27. März folgende Antwort:

„Unser allgemeiner Standpunkt — erklärte er — ist genügend bekannt. Er wurde ausgedrückt in der Erklärung, die der Abg. Tschaidse im Namen der sozialdemokratischen Fraktion schon am 23. Februar hier abgab, sowie durch die Formel der Fraktion zur Tagesordnung, die ich hier am 24. Februar verlas. (Diese Formel ist noch heute nicht von der Zensur zur Veröffentlichung zugelassen. D. Red.) Deshalb will ich jetzt nur einige Fragen streifen. Man mag uns noch so sehr zu einer Volemik von dieser Tribüne aus provozieren, so wird dieses Vorhaben doch fehlschlagen. Wir wünschen nicht, von hier aus gegen unsere sozialistischen Bruderparteien und Fraktionen in den anderen Ländern zu polemizieren. Gegen den Willen der bürgerlichen Ideologen werden wir in unserer internationalen Gemeinschaft mit ihnen zusammenkommen und uns dort auseinandersetzen können.“

Sehr treffend ironisierte Genosse Tschaidse in seinen weiteren Ausführungen den liberalen Etatredner, der beim Etat des Ministeriums des Innern gegen die Sozialisten polemisierte, um eine „Einigkeit“ vorzutäuschen, die er selber beim Etat des Ministeriums des Innern gelehrt habe. In seiner glänzenden Rede zum Etat des Ministeriums des Innern — bemerkte er — hat W. Miljukow selber erklärt, er verlasse diese Tribüne, ohne irgendwelche Erwartungen zu hegen. Deshalb war aber seine Rede zum Etat des Ministeriums des Innern von einem solchen Optimismus erfüllt? Liegt der Grund etwa darin, daß Miljukow sich rüht, gemeinsam mit Marlow II. (dem erzkonservativen Vertreter der Rechten) nach England zu reisen, um dort die öffentliche Meinung Englands zu vertreten? Ich will in dessen hoffen, daß die Delegierten der Mehrheit der Reichsduma in London, Paris und Rom berufen werden, daß die sozialdemokratische Fraktion es abgelehnt hat, an dieser Reise teilzunehmen.“ (2)

Wilson's vorsichtige Haltung.

London, 12. April. (B. Z. V.) „Times“ meldet aus Washington vom 11.: Die vorsichtige Haltung des Präsidenten ist sehr natürlich, denn nur im Osten wird eine angemessene Aktion verlangt. Der Westen und Süden dagegen scheinen ihr einziges Interesse darin zu erblicken, daß Verwicklungen vermieden werden. Ein Zeichen dafür ist, daß die Republikaner von Wichtigkeit den Friedensfreund Ford als Kandidaten für die Präsidentenwahl nominiert haben. Ein anderes Zeichen ist, daß sogar die republikanischen Führer hier von einem Teil ihrer provinziellen Wähler aufgefordert werden, die Geduld des Präsidenten nicht zu sehr zu kritisieren, damit er sich nicht in eine gefährliche Politik hineinziehen lasse.

Asquith's Antwort auf amerikanische Vorstellungen.

Washington, 12. April. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau's. Die Antwort Großbritanniens auf die amerikanischen Vorstellungen wegen der Verhaftung von 88 Oesterreichern, Deutschen und Türken auf dem Dampfer „China“ bei Schanghai ist vom Staatsdepartement veröffentlicht worden. In der Note wird die Festnahme damit gerechtfertigt, daß die feindlichen Fremden sich damit beschäftigt hätten, heimlich Waffen zum Verkauf nach Indien zu sammeln und andere verbrecherische Anschläge auszubeden. Wenn den Leuten gestattet worden wäre, in Manila zu landen, würden sie ihr schändliches Werk fortgesetzt und dadurch die Neutralität der Vereinigten Staaten kompromittiert haben. Gleich legt dar, daß das einzige internationale Dokument, das auf den Fall Anwendung finde, die von Großbritannien nicht unterzeichnete Londoner Deklaration sei, in welcher die Gefangennahme von Personen aus Mitglieder der bewaffneten Macht der kriegführenden beschränkt werde. Der gegenwärtige Krieg habe aber gezeigt, daß die Methoden, durch welche Großbritannien Feinde und namentlich Deutschland den Sieg zu erringen suchen, keine Grenzen kennen. Es seien in vielen Teilen der Welt auf neutralem Boden feindliche revolutionäre Anschläge und Pläne zur Zerstörung des Seehandels usw. entdeckt worden. Die Note erinnert an die zahlreichen produktiven Verschönerungen in den Vereinigten Staaten und sagt dann, daß das Ansuchen um Freigabe für Deutsche, die aus den Vereinigten Staaten zurückkehrten, nachdem ihre Gegenwart dem Lande un bequem geworden war, auf der Anerkennung der Tatsache beruht habe, daß auch andere Personen gefangen genommen werden können, als Angehörige der bewaffneten Macht kriegführender. Gleich spricht die Erwartung aus, daß die Vereinigten Staaten angefaßt der von ihm angeführten Tatsachen nicht länger daran festhalten werden, daß die Gefangennahme auf dem Dampfer „China“ ungerechtfertigt war.

Washington, 13. April. (Funkdruck vom Vertreter des B. Z. V.) Staatssekretär Lansing teilte mit, daß Englands Note über die Fortführung von 88 Oesterreichern, Deutschen und Türken von Bord des amerikanischen Dampfers „China“ die Angelegenheit nicht zur Zufriedenheit der Vereinigten Staaten erledige.

Letzte Nachrichten.

Minister v. Burian beim Reichskanzler.

Wien, 13. April. (B. Z. V.) Der Minister des Innern, Freiherr v. Burian, begibt sich heute abend zu Besprechungen mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg nach Berlin.

Annahme des schwedischen Kriegshandelsgesetzes.

Stockholm, 13. April. (B. Z. V.) Beide Häuser des Reichstages haben das von der Regierung eingebrachte Kriegshandelsgesetz gemäß dem Vorschlag des zusammengeführten Ausschusses ohne Veränderung angenommen.

Bewerkschaftliches.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Berufsberater der Arbeitnehmer, soweit sie von den vereinigten Gewerkschaften, Kirch-Dückerischen, christlichen und freien Gewerkschaften und den Angestelltenverbänden aller Richtungen vorgeschlagen sind, waren am 11. April versammelt. Stadtordeener Brüdner erstattete über den bisherigen Stand der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Stadt Berlin Bericht. Danach sind bis Mitte März bei der Zentralfstelle für Kriegsbeschädigtenfürsorge für die Stadt Berlin 4965 Fälle bearbeitet worden, davon 2241 an die Berufsberater abgegeben, 619 an auswärtige zuständige Stellen, während 755 Kriegsbeschädigte ohne Vermittlung der Zentralfstelle in Arbeit gebracht wurden.

Leider sind noch verschiedene Schwierigkeiten, die nicht in der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin begründet sind, zu überwinden. Vielfach wird darüber geklagt, daß die Lazarettverwaltungen den Kriegsbeschädigten nicht zeitig genug Urlaub geben, um an der fachgewerblichen Ausbildung teilnehmen zu können. Militärische Schwierigkeiten sollen dem entgegenstehen. Wert jedoch ist darauf zu legen, daß der Kriegsbeschädigte zeitig genug seine Fähigkeit, die ihm verbliebene Arbeitskraft verwenden zu können, prüfen und sich, wenn notwendig, für einen anderen Beruf ausbilden lassen kann. Der Frage der Betriebslazarette, d. h. der Angliederung von Lazaretten an große Betriebe, kann und muß näher getreten werden, hat man doch damit nach Berichten in Düsseldorf sowohl, als auch in einem Betriebe in Oberhönau gute Erfahrungen gemacht. Die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten erfolgt dort auf ärztlichen Rat. Der Arzt prüft in jedem Falle, wie weit die Leistungsfähigkeit des Kriegsbeschädigten angepannt werden kann. Die Kriegsbeschädigten selbst erhalten für ihre Tätigkeit Bezahlung.

Berlin, das mit seinem Fachschulwesen in Deutschland nicht an letzter Stelle steht und diese Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Verfügung gestellt hat, muß leider sehen, daß diese Schulen und Einrichtungen nicht in dem Umfang benutzt werden, wie es im Interesse der Sache geboten ist. Das ist eben auf Schwierigkeiten bei den Lazarettverwaltungen zurückzuführen.

Klage ist weiter vielfach darüber geführt worden, daß zu wenig Rücksicht auf die Erkrankungen der Nerven genommen wird. Ist die Verletzung selbst geheilt und kommt der Beschädigte zur Entlassung, so müßte erst noch eine Nachbehandlung der Nerven eintreten. Hier sei darauf verwiesen, daß in dem Organisationsplan der Stadt Berlin die Nachbehandlung als Bestandteil der Kriegsbeschädigtenfürsorge vorgesehen ist. Die Berufsberater brauchen daher vorkommendenfalls nur Anträge um Befürwortung an das Zentralbüro im Rathaus, Zimmer 42, zu richten. Außerdem übernimmt aber auch die Landesversicherungsanstalt Berlin in geeigneten Fällen das Verfahren. Auch hierauf sollten die Berufsberater die Verletzten aufmerksam machen. Des weiteren sei Wert darauf zu legen, daß diejenigen Kriegsbeschädigten, die einem Gewerbe angehören, für das Arbeitsgemeinschaften bestehen (die Adressen sind in Nr. 88 des „Vorwärts“ vom 20. März veröffentlicht worden), diesen überwiesen werden. Mit aller Entschiedenheit muß man sich gegen die von privaten Wohltätigkeitsvereinen oder -unternehmungen iniizierte Kriegsbeschädigtenfürsorge wenden. Behauptet wurde, daß z. B. der Invalidendank Kriegsbeschädigte nach dem Auswärtigen Amt zum Afrikausstragen usw. vermittelt, obwohl die Betroffenen unter Umständen bei richtiger Beratung sehr wohl ihrem bisherigen Berufe zugeführt werden könnten. Auch gegen Unternehmungen, wie Adressenbücher, habe man sich zu wenden, da die Ausbildung der Kriegsbeschädigten an den Schreibmaschinen ohne Rücksicht darauf erfolge, ob dieselben später ihre erworbenen Kenntnisse im Erwerblichen praktisch verwenden können. Es genügt nicht, dem Kriegsbeschädigten eine Ausbildung zu geben, es muß vielmehr das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß der Betreffende auch nachdem dauernd in dem betreffenden Gewerbe tätig sein kann.

In der Aussprache wurden von den Berufsberatern ihre bisherigen Erfahrungen mitgeteilt und die Angaben des Referenten bestätigt.

Um die Vertwendungsmöglichkeiten von künstlichen Gliedmaßen kennen zu lernen, soll gruppenweise eine Besichtigung der Prüfstelle für künstliche Gliedmaßen, die der Aufstellung für Unfallverhütung in Charlottenburg, Frauenhofstraße, angegliedert ist, stattfinden. Ueber Zeit und Ort haben sich die Gruppen selbst schlüssig zu machen. Um unter den Berufsberatern selbst eine größere Fühlung zu erreichen, wurden für jede Gruppe Obleute gewählt. (z)

Berlin und Umgegend.

Keine Durchkreuzung der „Sommerzeit“.

Der Staatssekretär des Innern als Vertreter des Reichskanzlers hat durch besonderes Rundschreiben die Behörden angewiesen, alle Maßnahmen zur Durchführung der Sommerzeit mit allem Nachdruck in die Hand zu nehmen und alle Versuche, die Wirkung dieser Neuordnung durch Verlegung der Geschäftsstunden zu durchkreuzen, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Es soll nicht gestattet werden, daß die bisher üblichen Geschäftszeiten vom 1. Mai ab geändert werden.

Der Wunsch gewisser Geschäftsinhaber, zu ihrem Vorteil die Arbeitszeit ihrer Angestellten zu verlängern, dürfte damit energisch entgegnet werden.

Artisten als Sattlergesellen.

In der Kreisnote des Artistenbundes leuchtete eine Verhandlung vor der Schlichtungskommission für Militärsattler, die in letzter Zeit auch häufig Streitfälle aus dem Kürschner- und Sattlergewerbe zu regeln hatte. In der letzten Sitzung erklärten klagen ein Ehepaar, dem man es auf den ersten Blick ansah, daß es sich für gewöhnlich nicht mit Nadel und Faden beschäftigt haben mochte.

Der Beklagte wiederum verkörperte den Typus des Unternehmers, wie sie der Krieg zu Tausenden geschäftet hat. Jung, mit verlebten Jügen und bis auf Glöckchenhandschuhe und Lackstiefel elegant gekleidet trat er an. Er hatte Versicherungen auf Spatantalschen übernommen und seinen Arbeitern 80 Pf. pro Stück gezahlt, ein Preis, der von einem Weisiger als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet wurde. Er verteidigte sich damit, daß er auch zu wenig erhalten habe — eine Antwort, die in der Regel gegeben wird. Ebenfalls regelmäßig wird den Herren aber von der Kommission klargestellt, daß sie dann die Versicherungen eben nicht übernehmen oder aber allein herstellen sollten. Jedenfalls dürfen unter ihrer Sammelkonkurrenz nicht arme Arbeiter leiden. Der Beklagte hätte schon deshalb besser kalkulieren sollen, weil er, wie er angab, schon früher Betriebe geleitet habe. Schon vor der Sitzung waren Vergleichsverhandlungen zwischen beiden Parteien geflohen worden, wobei die Arbeiter die Forderung von 67 Pf. auf 95 Pf. herabgesetzt hatten.

„Dorum vergleichen Sie sich dem nicht, wenn die Kläger Ihnen soweit entgegenkommen?“ fragte Herr v. Schulz.

„Ich sehe nicht ein, warum,“ lautete die Antwort. Das Ehepaar erklärte nun, auch mit 20 Pf. zufrieden zu sein, der Beklagte solle ihnen doch wenigstens diese Summe zahlen, damit sie ihrem Hauswirt etwas geben könnten.

Auch das wollte er nicht. Bis ihm gesagt wurde, daß er bei Urteilsfällung weit ungünstiger fahren würde, meinte er, er besitze eben keine 20 Pf.

Nun, dann möge er wöchentlich 5 Pf. zahlen. Auch das war ihm zu viel, alle vierzehn Tage würde er 5 Pf. entrichten. Die Arbeiter daten, er möge ihnen doch die erste Rate gleich ausshändigen. Das könne er nicht, denn er besitze keine 5 Pf., erklärte der „Arbeitsgeber“ in Lackstiefeln und Glöckchenhandschuhen.

Betrübt mußte das Künstlerpaar abziehen.

Deutsches Reich.

Verbot einer christlichen Textilarbeiterversammlung.

Mit der Spitzmarke: „Ein unverständliches Versammlungsverbot“ berichtet die Nummer 8 des „Zentralblatts der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ folgendes:

Die Polizeiverwaltung Hedingen (Hohenzollern) hat eine vom christlichen Textilarbeiterverband einberufene Versammlung, die am Sonntag, den 19. März, in Hedingen stattfinden sollte, verboten. Dieses Versammlungsverbot hat in der süddeutschen Presse viel Staub aufgewirbelt. Der einzige und ausschließliche Zweck der Versammlung war nämlich, zur Frage der Einführung der Kriegserwerbslosenfürsorge für die Textilindustrie der Hedingen Gegend Stellung zu nehmen. Auch Mitglieder der bürgerlichen Kollegien sowie Arbeitgeber der Textilindustrie wollten sich an der Versammlung beteiligen. Vom Generalkommando in Karlsruhe wie vom Regierungspräsidenten in Sigmaringen wurde in letzter Stunde telephonisch die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung erteilt. Nichtsdestoweniger verlangte das Oberamt Hedingen eine schriftliche Bestätigung der Genehmigung seitens der vorgenannten Stellen. Dabei hat aber das Oberamt das Versammlungsverbot so spät ausgeprochen, daß eine schriftliche Aufhebung desselben seitens des Generalkommandos und des Regierungspräsidenten gar nicht mehr möglich war. (z)

Aus der Partei.

Ein Jubilar.

Der Reichstagsabgeordnete Theodor Schwarz vollendet heute sein 75. Lebensjahr. Unser „Täglich“, wie er in Freundeskreisen seit Jahrzehnten heißt, kann auf ein Leben voller Arbeit, Mühe und Erfolg zurückschauen. Der Arbeiterbewegung gehört er seit ihren Anfängen an. Im Jahre 1868 wurde er Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, seit der Verschmelzung im Jahre 1875 ist er Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Kämpfer, unermüdetlicher Agitations- und Organisationsarbeit gab sich Genosse Schwarz trotz aller Drangsalierungen mit erheblichen Erfolgen hin. Im Jahre 1890 wurde er zum Reichstagsabgeordneten für Lübeck gewählt und fällt dies hohe Vertrauensamt mit emsigem Eifer bis zum heutigen Tage aus. Auf seine Initiative ist u. a. die Verbesserung der Seemannsordnung zurückzuführen. Nicht minder als auf politischem Gebiete hat der wackere Kämpfer sich auf gewerkschaftlichem bewährt. Von Beruf ist er Former, aber er stand jahrzehntelang im Dienst der deutschen Handelsmarine. Im Jahre 1889 wurde unser Veteran zum Vertrauensmann der deutschen Former gewählt. Ein Jahrzehnt lang, von 1891 bis 1901 war er Vorsitzender des „Zentralvereins der deutschen Former“. Während dieses Zeitraums redigierte er auch drei Jahre hindurch den „Blitz auf“. Im Jahre 1905 wählten ihn die Lübecker Genossen auch zum Mitglied der „Lübecker Bürgergesellschaft“. Im vorigen Parlament vertritt unser Jubilar noch heute mit Sachkunde und Liebe die Interessen der Arbeiter und seiner Vaterstadt. Ueber Lübecks Geschichte hat unser „Täglich“ eine Reihe geschichtlich und literarisch wertvoller Abhandlungen und Bücher verfaßt, die weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus lebhafteste Anerkennung gefunden haben, so: „Jürgen Wullenweber“, „Das alte Lübeck“, „Lübecker Vergangenheit“. Dem Charakterfesten Vorläufer an der Wasserlaute wünschen wir einen noch langen sonnigen Lebensabend.

Die Duisburger Funktionäre gegen den Parteivorstand.

Einer aus Duisburg stammenden, längeren Zuschrift in der „Bremer Bürger-Zeitung“ entnehmen wir folgendes über die Stellungnahme der dortigen Parteifunktionäre. Sie lautet:

In einer von 40 Vertrauensleuten aller Bezirke der Stadt Duisburg besuchten Sitzung wurde einstimmig (keiner enthielt sich der Abstimmung) folgende Resolution gefaßt:

„In der Abkündigung der Genossen Münster und Schoch durch den Parteivorstand ohne die Zustimmung der Genossen des Bezirkes erblicken die Funktionäre der Stadt Duisburg eine politische Maßregelung. Sie verurteilen diese Maßregelung sowie die Verhinderung dieser Genossen an der Ausübung ihrer Redaktionsfähigkeit. Solange dieser Gewaltstreik nicht rückgängig gemacht ist, kann die „Riederrh. Arbeiter-Zeitung“ als das Organ der Duisburger Parteigenossen nicht angesehen werden. Die neue Redaktion lehnen wir ab.“

Um der Gewaltpolitik des Parteivorstandes in dieser und in anderen Fragen und dem Mißbrauch der Gelder, die auch von den zur Minderheit gehörenden Genossen gesammelt werden, zu begegnen, sind die Beiträge zu sperren, falls innerhalb 14 Tagen geordnete Verhältnisse nicht wieder eingeleitet und die gemahregelten Redakteure nicht wieder eingesetzt sind.“

Dieser Resolution stimmte eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Bezirks Hochfeld ebenfalls einstimmig zu und der engere Kreisvorstand billigte den Beschluß mit 4 gegen 2 Stimmen. Dem ersten Abzug der Resolution pflichtete der erweiterte Kreisvorstand ebenfalls bei, und zwar mit 15 gegen 10 Stimmen. Das Abstimmungsresultat über den zweiten Abzug (Sperrung der Beiträge) war Stimmengleichheit bei einer Stimmenthaltung. Außerdem gelangte im erweiterten Kreisvorstand folgender Antrag zur Annahme (mit 15 gegen 10 Stimmen):

Die Sitzung fordert den Genossen Polorny (der die Stelle der hinausgeworfenen Redakteure eingenommen hat) auf, seinen Posten als Redakteur niederzulegen, und verlangt vom Parteivorstand, die alte Redaktion innerhalb 14 Tagen wieder einzusetzen.

Der 6. schleswig-holsteinische Reichstagswahlkreis wird nicht, wie wir berichteten, von dem freijüngerlichen Rechtsanwalt Dr. Graband, sondern von dem derselben Partei angehörenden Fabrikant Carstens vertreten.

Eine holländische Kritik der „J. R.“

Anknüpfend an ein Telegramm der holländischen Agentur Diaz, worin unter Berufung auf die „Internationale Korrespondenz“ (Baumeister) gemeldet wurde, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft schon eine ganze Sonderorganisation geschaffen und eine Delegiertenkonferenz vorbereitet habe, schrieb „Het Volk“, das Tagesblatt der holländischen Sozialdemokraten, in seiner Nummer vom 23. März:

Mit Berichten der „J. R.“ sei man vorsichtig. Sie zeichnete sich bisher durch Veröffentlichung einer Anzahl falscher Berichte aus, die geeignet waren, die Sozialdemokraten national und international gegeneinander aufzuhetzen.“

Die Warnung richtet sich an die sozialdemokratischen Leser der „J. R.“, sie ist aber auch eine Warnung an die Adresse der Redaktion

der „J. R.“ selbst. Die verantwortlichen Vertreter der holländischen Sozialdemokratie bemühen sich, so objektiv wie möglich über die Vorgänge in der deutschen Sozialdemokratie zu schreiben, niemand kann ihnen, die jetzt wieder am energischsten von allen holländischen Parteien den Versuch entgegenzutreten, Holland zur Teilnahme am Kriege gegen Deutschland zu bewegen. Parteilichkeit gegenüber Deutschland vorzuziehen, wenngleich sie selbstverständlich sich das Recht nicht nehmen lassen, ihre Kritik an deutschen Dingen in dreijähriger Sprache zu fassen, die ihnen im gegebenen Fall für angezeigt erscheint. Aber sie verfolgen die sozialdemokratische Presse aller Länder und kommen daher bald dahinter, wo tendenziöse Berichterstattung geübt wird. Wenn die „Internationale Korrespondenz“ nicht international in den Ruf kommen will, auf den „Het Volk“ hier hindeutet, wird sie sich gewisse Gepflogenheiten der Berichterstattung abgewöhnen müssen, die sich bei ihr eingestellt zu haben scheinen.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Der Reingewinn der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlshöhe des vergangenen Jahres beträgt einschließlich des Vortrages aus 1914 12.481.781 Pf. (im Vorjahre 8.183.136 Pf.), aus welchem die Zahlung einer Dividende von 30 Prozent (im Vorjahre 20 Prozent) im Vorschlag gebracht wird. Für Kriegswohlfahrtszwecke sollen eine Million Pf., für die Pensionen- und Unterstützungsklassen der Gesellschaft gleichfalls eine Million Pf. verwandt werden. Der Vortrag auf das neue Geschäftsjahr beträgt 875.081 Pf. (im Vorjahre 753.947 Pf.).

Die Gustav Genskow u. Co. Akt. Ges. in Berlin teilt zu dem Dividendenvorschlag von wieder 4 1/2 Proz. auf die Vorzugs- und 12 Proz. auf die Stammaktien mit: „Es war eigentlich die Verteilung einer höheren Dividende in Aussicht genommen. Da aber zurzeit nicht feststeht, wie lange die intensive Beschäftigung unserer Fabriken durch die Heeresverwaltung noch anhalten wird, haben wir uns dafür entschieden, von einer Erhöhung der Dividende Abstand zu nehmen. Dagegen wurden alle Neuananschaffungen an Gebäuden und Maschinen für Kriegsaufträge im Betrage von 294.012 Pf. vollständig abgeschrieben.“

Soziales.

2,50 Pf. Lohn für 10 Arbeitstage.

Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen sich oder einem dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Wert der Leistung dergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen.“ In diese auch auf „Hungerlöhne“ anwendbare und von Gerichten wiederholt angewendete Vorschrift des § 138 Bürgerlichen Gesetzbuchs erinnerte eine vor dem hiesigen Gewerbegericht geführte Verhandlung.

Die Inhaberin eines Korsettgeschäfts, Fräulein Regina Drschüler, hatte durch Vermittlung des Arbeitsnachweises ein junges Mädchen eingestellt und ihm am Schluß der ersten Woche 2,50 Pf. Arbeitslohn ausbezahlt. Das junge Mädchen war sprachlos über diese Bemessung des Lohnes, arbeitete aber in der nächsten Woche weiter. Die Mutter kam, um mit der Arbeitgeberin zu verhandeln. Die Verhandlung hatte aber kein befriedigendes Ergebnis. So wurde denn das Arbeitsverhältnis nach einer Dauer von zehn Tagen gelöst, ohne daß die Arbeiterin zu den erhaltenden 2,50 Pf. noch einen Pfennig hinzubekommen hätte. Sie forderte nun durch Klage beim Gewerbegericht für jeden Arbeitstag einen Lohn von 1 Pf., also 6,50 Pf. Nachzahlung und 12 Pf. Schadenersatz wegen kündigungsgelöster Entlassung. Nach Angabe der Klägerin ist ihr auf dem Arbeitsnachweis, als sie die Stelle annahm, gesagt worden, sie bekomme monatlich 30 Pf. — Die Beklagte meinte dagegen, sie habe die Klägerin nur als Lehrmädchen eingestellt und ihr die 2,50 Pf. nur „aus Geldmut“ gegeben. Verpflichtet sei sie zur Zahlung nicht gewesen. Sie habe keinen Monatslohn von 30 Pf. in Aussicht gestellt. Das würde ihr gar nicht einfallen, denn geübte Korsettnäherinnen bekämen nur 20 — 30 Pf. monatlich und müßten dafür täglich von 8 — 8 1/2 Uhr arbeiten. Die Klägerin habe nur bis 6 Uhr gearbeitet und sei erst von ihr angelernt worden. — Demgegenüber blieb die Klägerin dabei, daß sie nicht als Lehrmädchen, sondern als Näherin eingestellt worden sei, und zwar nach Leistung einer Probearbeit, welche die Beklagte als brauchbar bezeichnet habe.

Auf Anraten des Gerichts, welches für den „Edeleut“ der Beklagten kein Verständnis zeigte, kam ein Vergleich zustande, wonach die Klägerin noch 12,50 Pf. erhält.

Ein Streit um den Kündigungsausschluß.

Ein Arbeiter, der in einer Schaufabrik beschäftigt war, klagte bei der Kammer II des Gewerbegerichts auf Entschädigung wegen kündigungsgelöster Entlassung. Unfreiwillig hat der Kläger eine Arbeitsordnung unterzeichnet, welche die Kündigung bei Lohn- und Alfordarbeit ausschließt. Der Kläger sagt, als er die Arbeitsordnung unterzeichnet, sei er als Einleiter eingestellt und in Alford beschäftigt worden. Später habe er als Stanger in Lohn gearbeitet. Durch den Uebergang aus dem einen in den anderen Arbeitszweig des Betriebes sei ein neues Arbeitsverhältnis begründet worden, für das bei der Einstellung durch Unterschreiben der Arbeitsordnung anerkannten Bedingungen keine Geltung hätten. Diese Auffassung — sagte der Kläger — sei ihm auf der städtischen Anstaltstelle in der Stralauer Straße bestätigt worden. — Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung, die vom Kläger unterschriebene Arbeitsordnung gelte für alle Arbeiter des Betriebes, ganz gleich, mit welcher Arbeit sie beschäftigt werden. Die Ansicht des Klägers, daß mit dem Uebergang vom Einleiter zum Stanger ein neues Arbeitsverhältnis begründet werde, sei irrig.

Gerichtszeitung.

Verleumdung einer Kriegerfrau.

Wegen empörender Verleumdung von Kriegerfrauen und Zuwiderhandeln gegen die Lebensmittelverordnung hatte sich vor dem Schöffengericht Tempelhof der Fleischhändler Hermann Springborn, Blücherstraße 68, zu verantworten.

Zwei Kriegerfrauen betraten den Laden des Angeklagten, um Speck zu kaufen. Der Angeklagte erklärte, er verkaufe Speck nur, wenn die Frauen auch Fleisch kauften. Eine der Frauen erwiderte, sie könne Fleisch nicht gebrauchen, da sie bei ihrer Antwortstelle Eisen erhält, und ihrem Mann, der im Felde steht, etwas Speck schicken wolle. Der Angeklagte überhäufte beide Frauen darauf mit einer Flut gemeiner Schimpfwörter und wies sie zum Laden heraus. Die Frauen verbotenen sich diese Behauptungen. Darauf drohte der Angeklagte tätlich zu werden und erhob die Faust zum Schlag. Postamenten zogen die Betroffenen aus dem Laden, so daß sie dem Schlag entgingen. Auf Veranlassung einer roten-Kreuz-Schwester, die unter dem sich infolge der Schimpfwörter anammelnden Publikum befand, brachten die Frauen den Vorfall zur Anzeige bei der Polizei. Der Amtsanwalt beantragte vier Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hat wiederum um mildernde Umstände. Das Gericht war milde. Es verurteilte ihn wegen der Verleumdung zu 100 Mark Geldstrafe und wegen Uebertretung der Lebensmittelverordnung zu 80 Mark Geldstrafe.

Zwei Antworten.

I. An Kautsky.

1. Der gefälschte Brief. Im Hauptblatt des „Vorwärts“ vom 13. April beschwört Kautsky erneut, daß der von der „Braunschweigischen Landeszeitung“ veröffentlichte Brief, den Jaurès am 30. Juli an Vandervelde geschrieben haben soll, gefälscht ist.

Ich bin anderer Auffassung und habe sie im „Vorwärts“ vom 12. April begründet. Kautsky führt als Gründe an, die seiner Ansicht nach für eine Fälschung sprechen:

a) Der angebliche Brief stehe im Widerspruch mit einer Rede, die Jaurès in Brüssel gehalten hat;

b) eben diese Brüsseler Rede soll Jaurès „gerade zu der Zeit gehalten haben“, an dem er auch den Brief in Paris geschrieben haben soll! Kautsky sagt wörtlich:

„Die „Braunschweigische Landeszeitung“ selbst gibt als das Datum den 30. Juli an, aber auch noch an dem Tage war Jaurès mit Vandervelde in Brüssel beisammen, wo ich sie beide miteinander sah und sprach und Abschied von ihnen nahm.“

Kautsky ist das Opfer eines schweren Irrtums. In der „Humanité“ vom 31. Juli wird nämlich berichtet:

Die sozialistische Gruppe im Parlament.

Sitzung am Donnerstag, 30. Juli 1914.

Präsident der Sitzung: P. Renaudel.

Anwesend: Albert Boulain, Albert Thomas, Jaurès, ... usw.

Nach der Debatte, an der teilgenommen haben Straß, Rogier, ... Jaurès, ... usw.

In derselben Nummer der „Humanité“ vom 31. Juli wird ein Leitartikel veröffentlicht: „Kaltes Blut ist notwendig!“ Verfasser: Jaurès!

Also, werter Genosse Kautsky, Sie haben sich am 30. Juli in Brüssel mit Jaurès unterhalten und trotzdem hat er „gerade zu der Zeit“ in Paris an einer Fraktionsitzung teilgenommen, debattiert und einen Leitartikel geschrieben!

Wenn das alles möglich war, dann war es wohl auch nicht unmöglich, daß Jaurès nebenher noch einen Brief geschrieben hat. Ihr Hauptargument ist also durch die „Humanité“ unanfechtbar widerlegt.

Bleibt Ihr zweites Argument: der (vertrauliche) Brief stehe im Widerspruch mit der (öffentlich gehaltenen) Rede.

Vergleichen Sie, bitte, was Jaurès in dem Brief geschrieben hat, mit dem, was Marcel Cachin in der „Humanité“ vom 1. August unter dem Titel schrieb:

Die letzten Schritte, die Jaurès für den Frieden tat:

„... Unser armer Freund sollte selbst für die Leser der „Humanité“ die Ansichten rekapitulieren, welche er heute vor den ohnmächtigen oder verblendeten Ministern verteidigt hatte. Er sollte an diesem Redaktionstische unserer Journale den entscheidenden Artikel schreiben, durch den die Verantwortlichkeit unserer Partei zurückgewiesen worden wäre.“

Ich brauche dem nichts mehr hinzuzufügen.

2. Die Äußerungen Sembats. Kautsky hat im „Vorwärts“ vom 11. April behauptet, die Äußerungen Sembats seien „von der „Humanité“ bestritten“ worden. Ich stellte fest, daß das unrichtig sei, daß weder die „Humanité“ noch Sembat selbst die Richtigkeit bestritten habe; lediglich der in der Schweiz lebende Homo-Grumbach habe in der „Humanité“ von oben herunter über die angeblichen Äußerungen Sembats geschrieben. Jetzt gibt Kautsky zu:

„Von den diesem (Sembat) zugeschriebenen Äußerungen hatte die „Humanité“ erst durch den Genossen Grumbach erfahren. Er hat das Hörtörchen bereits so lächerlich gemacht, daß es der Redaktion überflüssig erscheinen durfte, noch mehr darüber zu sagen.“

Wer legitimiert den Genossen Kautsky zu diesen Behauptungen? Warum soll übrigens das Hörtörchen unwaahr sein? Nichts spricht für die Unrichtigkeit, viel aber für die Richtigkeit. Um das deutlich zu zeigen, muß ich die Äußerungen hier noch der „Fackel“, auf die Kautsky ausdrücklich hingewiesen hat, wiederholen:

„Durch ein sächtisches Parteiblatt ist kürzlich eine auch mir vorher schon bekanntgewesene Äußerung des Ministers eines der gegen uns kriegsführenden Länder erwähnt worden. Dieser Minister soll bereits im September v. J. gesagt haben:

„Wenn die deutsche Sozialdemokratie ihre Politik beibehält, müssen wir sehen, sobald wie möglich den Krieg zu beenden.“

Zwei Monate später, nachdem allerlei Schwindelnachrichten ins Ausland gekommen waren über „fürchterliche Hungerrevolten“, „Straßenkämpfe“, „Anwohnen der Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Partei“ usw., soll derselbe Minister erklärt haben:

„Jetzt hat sich die Situation wesentlich geändert! In Deutschland geht die Einigkeit in die Brüche und die Hungersnot nimmt zu — nun müssen wir den Krieg nach Möglichkeit in die Länge ziehen! Je länger er dauert, um so schlimmer wird es in Deutschland, um so mehr steigen unsere Aussichten auf den Sieg!“

Diese Sembat zugeschriebenen Äußerungen decken sich vollkommen mit den von der französischen Partei bisher beobachteten Politik, sie decken sich auch restlos mit den Beschlüssen des Weiblichkongresses der französischen Partei. Dieser Pariser Kongress erörterte auch die Frage, ob die französische Partei wieder Beziehungen mit der deutschen Sozialdemokratie aufnehmen könne. Unter gewissen Voraussetzungen ist sie dazu bereit: die deutsche Partei soll zuvor bestimmte „Handlungen“ begehen:

„... Nur wenn diese Versicherungen gegeben werden, nicht nur als Formeln von Resolutionen, sondern als lebendige Regel ihrer Aktionen gegen die kaiserliche Regierung, nur wenn entscheidende Handlungen durch die Sozialdemokratie oder durch die Minoritätsoptionen vollzogen werden, kann die Wiederaufnahme der Beziehungen ins Auge gefaßt werden.“

In Deutschland sollen die Sozialdemokraten „Handlungen“ begehen, durch die Zwietracht im Volke hervorgerufen und die Landesverteidigung geschwächt wird, damit die verbündeten Franzosen, Russen und Engländer mit größerer Sicherheit auf den Sieg rechnen können, denn, so heißt es in der französischen Resolution weiter:

„Der Kongress erinnert die sozialistische Parlamentsfraktion an die Einheit der Aktionen, die die Einheit der Abstimmung im Parlament in allen wichtigen Fragen in sich schließt. Der Kongress erinnert nochmals alle Kampfgenossen, die Führer wie die Organisationen, an die mehr

als je gebieterische Einheit der Partei; er erinnert daran, daß jede öffentliche Aktion in der Presse wie im Parlament oder in der Agitation für jeden getragen sein muß von der ehrlichen Beachtung dieser vom Kongresse angenommenen Resolution, sowie auch von der Sorge, daß die Schwierigkeiten der Aktionen durch keine Uebertreibung der Rede, noch durch persönliche Polemik vergrößert werden. Er erinnert alle daran, daß jede Sonderaktion zur Konsequenz haben muß nicht allein eine Schwächung der Einheit der Partei, sondern auch die Schwächung des Werkes der nationalen Verteidigung, an der die Partei mitarbeitet.“

Selbstverständlich, daß der Kongress die französische Kammerfraktion aufforderte, „gemäß den Prinzipien die Kriegskredite als Mittel zum Siege weiter zu bewilligen“.

Ich füge dem kein Wort hinzu.

II. An Haase.

Genosse Haase bespricht in der Beilage des „Vorwärts“ vom 13. April die Vorgänge am Schluß der Reichstagsitzung vom 10. d. Mts. unter der Ueberschrift: „Ein Beispiel, wie der Kampf unter Sozialdemokraten nicht geführt werden soll.“ Schon diese Ueberschrift verleiht dem Sachverhalt vollkommen, denn von einem „Kampf“ kann in gar keiner Beziehung gesprochen werden, soweit ich in Betracht komme. Ich war durch das Verhalten der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ gezwungen zu der Erklärung, daß wir gegen die von Ledebour vorgeschlagene Veratung gar nichts einzuwenden haben, daß wir sie im Gegenteil wünschen, aber nicht dafür stimmen könnten, daß die Veratung bereits am nächsten Tage stattfindet. Ich mußte darlegen, warum wir uns so verhielten, wollte ich nicht der böseartigsten Auslegung Tür und Tor öffnen.

Ich selbst hatte schon einer Anzahl Kollegen auf die Frage, ob sie abreisen könnten, gesagt: ich kann nichts Bestimmtes sagen, aber nach allgemeiner Annahme wird heute Schluß gemacht werden. Daraufhin reisten bereits verschiedene Kollegen ab. Ich hörte dann beiläufig das nicht für mich bestimmte Wort Interpellation fallen und fragte darauf Fischer-Sachsen, den ich im Gespräch mit Haase gesehen hatte, genau so, wie er es in seinem Briefe darstellte. Und was sagt Fischer auf meine Frage, ob die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft etwas zu unternehmen beabsichtige? Lesen wir seinen Brief noch:

„Ich zuckte mit den Achseln, da mir nicht bekannt war, was die Arbeitsgemeinschaft beantragen wollte. Scheidemann: „Was sagt denn Haase?“ Ich: „Haase meinte auch, es werde heute unter allen Umständen vertagt werden.“

Der Tatbestand ist also der: meine Frage nach einer etwa beabsichtigten Aktion der Arbeitsgemeinschaft wurde von Fischer nicht beantwortet, weil ihm nicht bekannt war, was die Arbeitsgemeinschaft beantragen wolle. Das scheint freilich im Widerspruch zu stehen mit einer anderen Stelle seines Briefes, wo er eine vorausgegangene Unterhaltung mit Haase so schildert:

„Während wir, Erdmann, Haase und ich uns im Hintergrund des Sitzungssaales unterhielten, fragte im Vorbeigehen ein anderer Kollege — ich weiß nicht mehr, wer es war —, ob heute Schluß gemacht werde. Ich bemerkte, der Präsident habe zu Grubauer gesagt, es werde heute unter allen Umständen vertagt werden. Daraufhin sagte auch Haase: „Ja, ja, es wird heute unter allen Umständen vertagt werden.“ Und er machte eine Handbewegung, die etwa besagte: „Die machen Schluß!“ Ich fragte dann Haase: „Ihr wolltet doch eine Interpellation einbringen?“ Haase: „Ja, aber wir sind wieder davon abgekommen, wir begnügen uns mit dem Antrag.“ Dann sahen wir die unterbrochene Unterhaltung über eine ganz andere Sache fort.“

Ich mache diese Gegenüberstellung nicht, um Fischer der flüchtigen Verichterstattung zu zeihen, sondern um zu zeigen, wie leicht man sich irren kann bzw. wie leicht Irrtümer entstehen können. Daß Fischer über die Absicht der Arbeitsgemeinschaft unterrichtet war, hat Haase im Reichstage behauptet:

Abg. Haase (Soz. Arb.): Ich erfahre soeben vom Abg. Scheidemann, daß es sich um den Abg. Edmund Fischer handelt. Ich stelle fest, daß ich dem Abg. Edmund Fischer im Gegenteil gesagt habe, welchen Antrag wir zu stellen beabsichtigen, und daß mit keinem Worte die Rede davon gewesen ist, daß er etwa nach Hause fahren könne.

Es steht also fest:

1. Mir und meinen Freunden war von niemanden eine Mitteilung gemacht worden, daß die Arbeitsgemeinschaft irgendeinen Vorstoß zu machen beabsichtige.

2. Es ist also absolut unrichtig, wenn Haase behauptet, ich sei über seine vor uns geheimgelassenen Absichten unterrichtet gewesen.

3. Haase hat im Reichstage mitgeteilt, daß er Fischer über den Antrag der Arbeitsgemeinschaft informiert hat.

4. Fischer schreibt: es sei ihm nicht bekannt gewesen, was die Arbeitsgemeinschaft beantragen wolle.

5. Haase hat nicht gesagt: Ihr könnt abreisen, aber er hat ausdrücklich gesagt: „es werde heute unter allen Umständen vertagt werden.“

Wehr verlangt niemand zu hören, der die Absicht hat, abzureisen. Nach meinem Gespräch mit Fischer glaubte ich allen Kollegen, die mich fragten, mit gutem Gewissen sagen zu können, daß ihrer Abreise nichts im Wege stände. Aber nicht mit gutem Gewissen hätte ich nach ihrer Abreise dann dafür stimmen können, daß nun am nächsten Tage doch eine Sitzung stattfinden soll.

Für die guten Lehren, die mir Haase gibt, danke ich bestens. Ueber Kameradschaft und ähnliche Tagenden zu reden, scheint er mir nicht besonders berufen zu sein.

Berlin, 13. April 1916.

P. S. Scheidemann.

Die gekränkte Unschuld.

Der „Vorwärts“ druckt gestern aus einem Artikel, den ich über die Wahrung in der Partei geschrieben habe, den Abschnitt ab, der sich mit seiner Mitschuld an der gegenwärtigen Parteizerrüttung beschäftigt. Das ist mehr als ich erwartet hatte. Eigentlich hatte ich zwar den ganzen Artikel für den „Vorwärts“ bestimmt, unterdrückte aber diese Absicht, weil ich mich mehrmaliger bitterer Erfahrungen erinnerte, die ich seit Kriegsbeginn bei der Einfindung von Mitteilungen an die Redaktion des „Vorwärts“ gemacht hatte. Nun kommt ein wesentlicher Teil des Artikels wenigstens auf Umwegen in die Spalten des „Vorwärts“.

Was der „Vorwärts“ dagegen zu sagen weiß, lohnt kaum eine Erwiderung. Ich hoffe, daß die Leser nicht nur die vom „Vorwärts“ seit gedruckten Stellen meines Artikels gelesen

haben, sondern alles. Dann haben sie auch erkannt, daß der „Vorwärts“ den Hauptpunkt des Streites zu verschleiern sucht. Nicht die Berliner Genossen trifft mein Vorwurf in erster Linie, sondern den „Vorwärts“, der seit Kriegsbeginn mit wachsender Rücksichtslosigkeit und Gehässigkeit die Politik der Fraktionsmehrheit bekämpft hat. Er brauchte gewiß nicht mit dieser Politik einverstanden zu sein, aber er hätte als Zentralorgan der Partei auch Verständnis für die parteigenösslichen Beweggründe der Fraktionsmehrheit, die Parteivorstand, Parteiausgleich und preussische Landeskommission obendrein zu den ihren gemacht hätten, haben müssen. Doppelt und dreifach wäre er zu vornehmer und sicherer Objektivität, zum allerwenigsten aber zu strengster Sachlichkeit verpflichtet gewesen, um zu seinem Teile die Gegensätze auszugleichen und die Parteieinheit zu erhalten. Statt dessen hat der „Vorwärts“ in unsäglich und verlegend einseitiger Weise alles getan und nichts unterlassen, was nach seiner Meinung bei weniger eingeweihten Leuten die Mehrheit ins Unrecht zu setzen und die Anhänger der Mehrheitspolitik auch persönlich in den Augen der Genossen herabzuwürdigen geeignet war. Eine bedauerliche Folge dieser parteizerrüttenden Tätigkeit des „Vorwärts“ war auch der Beschluß des Berliner Zentralvorstandes, der in denbar schroffster Form alle Schuld auf die Fraktionsmehrheit häufte und sich mit Haut und Haaren der neuen Fraktion verschrieb.

Nur in diesem Zusammenhang ist meine Bemerkung zu verstehen, daß die Berliner Gegenründe nicht anhören. Selbst wenn sie den Schall der Worte vernehmen, so sind sie durch die jahrelange Gewöhnung durch den „Vorwärts“ doch innerlich gegen irgendwelche Gründe und Darlegungen der Mehrheit immun geworden.

Wenn der „Vorwärts“ die Gelegenheit benützt, um mir einige persönliche Liebenswürdigkeiten zu sagen, so zeigt das nur erneut, daß die seit der Fraktionspaltung von ihm mit Eifer anderen anempfohlene Methode der Sachlichkeit durch ihn selber noch keine Anwendung findet. Wenn ich in einer parteipolitischen Frage von der Redaktion des „Vorwärts“ abweiche, so hat das natürlich gar nichts mit meinen Ansichten über Wissenschaft und Bildungsarbeit zu tun. Und wenn ich aus neuen Tatsachen der gesellschaftlichen Entwicklung lerne und darnach bisherige Erkenntnis ergänze oder berichtigt, so glaube ich damit nicht gegen das Parteiprogramm oder den wissenschaftlichen Sozialismus zu verstoßen. Vielmehr entschließt sich auch der „Vorwärts“ noch einmal zu solcher Art des „Umlernens“. Man soll die Hoffnung nie aufgeben. Heinrich Schulz.

Wir hätten zwar keine Verpflichtung, diese neuen Einwürfe gegen uns auch noch abzdrukken. Aber weshalb sollen wir unseren Lesern nicht an einem Beispiel zeigen, wie „man“ sich die „Herstellung der „Reinungsfreiheit“ denkt. Auf besonderes Verständnis stießen bei uns die Schulzischen Darlegungen über die „jahrelange Gewöhnung“ der Berliner Genossen an die angebliche Hege des „Vorwärts“ gegen Fraktionsmehrheit und Parteivorstand. Vor nicht allzu langer Zeit kritisierte Genosse Schulz noch den „Vorwärts“, weil er zu parteivorstands- und fraktionsoffiziös war! Ja, ja, das Umlernen!

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Kriegsgewinnsteuer in der Budgetkommission des Reichstags.

Der § 23 der Vorlage, der die Einschätzung der sogenannten „Schachtelgesellschaften“ regelt, wird angenommen.

Zu dem mit verhandelten § 30 beantragen die Sozialdemokraten folgenden Zusatz:

„Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung der Kriegsvermögenssteuer der Bundesfürsten zuständigen Behörden.“

Staatssekretär Helfferich erklärt, daß die Bundesfürsten sich freiwillig bereit erklären, diese Steuer zu bezahlen; eine Verpflichtung sei nicht anzuerkennen. — Trotz dieser Erklärung stimmte die Kommission dem sozialdemokratischen Antrag ohne Widerspruch zu. § 30 wird dahin geändert, daß die Abgabe binnen 12 Monaten — statt 3 Monaten — nach Zustellung des Bescheides in drei gleichen Raten zu entrichten ist.

Bei § 41, der dem Bundesrat das Recht zur Milderung oder Verminderung besonderer Härten zuerkennt, wünscht Abg. Erzberger eine Erweiterung dieses Rechts. — Abg. David (Soz.): Man darf dem Paragraphen nicht eine Fassung geben, durch die dem Bundesrat die Anwendung des Gesetzes generell anheimgestellt wird. Nur einzelne besonders geartete Fälle dürfen der Nachprüfung des Bundesrats vorbehalten bleiben.

Die Vorlage wird angenommen.

§ 43 bezweckt die Änderung einiger Bestimmungen des Vermögensgesetzes. Von Interesse ist hier ein von den Nationalliberalen gestellter Antrag, wonach der Vorsitz in den Reichsteuerämtern bei Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer nicht durch Beamte der allgemeinen Landesverwaltung (Landräte), sondern durch finanz- und steuerlich vorgebildete Beamte gesüht werden muß. — Staatssekretär Helfferich hat gegen den Antrag die „allergnädigsten Bedenken“. Man könne nicht von Reich wegen den Einzelstaaten Vorschriften für ihre Steuerorganisation machen. — Abg. David: Wir sind für den Antrag. Reichsrecht geht über Landesrecht. Verfassungsmäßige Bedenken stehen nicht im Wege. Wenn das Reich eigene Steuern macht, so hat es auch Vorzüge zu treffen für die einheitliche Durchführung. Den Einzelstaaten sind schon im Vermögensgesetz gewisse Organisationsvorschriften gemacht. Der Begriff der Sphäre der Einzelstaaten ist dauernd im Fluß. Das Betätigungsgelände der Einzelstaaten ist im Laufe der Jahre nicht kleiner, sondern größer geworden. Sparsamkeitsrücksichten schlagen hier nicht durch. Nichts lohnt sich so sehr, als die Anstellung tüchtiger Steuerbeamter. Was wird nach dem Kriege alles an Steueraufgaben kommen! Ohne besondere Beamte wird unmöglich auskommen sein. Die Landräte kommen infolge ihrer gesellschaftlichen Beziehungen bei der Steuerveranlagung oft in die schlimmsten Konflikte. — Abg. Gothein (Sp.) erinnert an Redensarten, wo der Antrag ebenso notwendig sei wie in Preußen. — Abg. Pieler (Sp.) wendet sich aus staatsrechtlichen Gründen gegen den Antrag. Konstatiert dabei aber, daß im Süden durch die technisch vorgebildeten Beamten härtere Veranlagung wird als im Norden. — Abg. Graf Westarp (L.) bestreitet das unter großen Gelächter.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberalen und Polen angenommen.

Die Kommission greift dann auf den zurückgestellten § 25 zurück, der den Steuertarif für Gesellschaften regelt. Dazu liegt der Verschärfungsantrag der Sozialdemokraten vor; ferner Anträge der Konservativen, der Nationalliberalen und der Fortschrittler, die eine Schonung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf verschiedenen Wegen erreichen wollen.

Abg. Hoch (Soz.) erklärt, daß seine Freunde dem nationalliberalen Antrag zustimmen und fragt, ob den Genossenschaftlichen die

notwendige Rücksichtnahme gewährt wird. Weiter begründet er den sozialdemokratischen Antrag. Die Staffelsätze für Aktiengesellschaften seien unten viel zu niedrig. Nach dem Vorbereitungsgebot rechnete man durchweg mit einer Steuer von 50 Proz. des Reingewinnes, die Vorlage will aber mit 10 Proz. beginnen. Wir sollten mindestens mit 20 Proz. beginnen. — Staatssekretär Helfferich verteidigt die Vorlage mit dem Hinweis darauf, daß der Reingewinn in den Händen der einzelnen Gesellschafter noch einmal zu besteuern sei. — Derselbe Ansicht vertritt Abg. Funk (Sp.) — Abg. Bernstein (Soz. Arb.) erklärt sich für den sozialdemokratischen Antrag. — Abg. Stollen (Soz.) hebt hervor, daß der Gedanke der Doppelbesteuerung schon dem Sperrgesetz zugrunde lag, das trotzdem eine Rücklage von 50 Proz. ganz allgemein verlangte. Mit der Zustimmung zur Regierungsvorlage schenke man der großen Mehrzahl der Gesellschaften einen sehr großen Teil der Rücklage. Dazu liege kein Grund vor. — Neben dieser Erörterung läuft eine Aussprache her über die Belastung der ausländischen Gesellschaften.

Bei der Abstimmung wird nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages der Tarif in der folgenden, die inländischen und ausländischen Gesellschaften gemeinsam umfassenden Form angenommen.

Die Abgabe beträgt bei einem Reingewinn

| bis zu 20 000 M. | von mehr als 20 000 M. bis zu 40 000 M. | 10 Proz. |
|------------------|---|----------|
| 40 000 | 60 000 | 14 |
| 60 000 | 80 000 | 16 |
| 80 000 | 100 000 | 18 |
| 100 000 | 120 000 | 20 |
| 120 000 | 140 000 | 22 |
| 140 000 | 160 000 | 24 |
| 160 000 | 180 000 | 26 |
| 180 000 | 200 000 | 28 |
| 200 000 | 250 000 | 30 |
| 250 000 | 500 000 | 40 |
| | über 500 000 | 45 |

des Reingewinns.

Die Abgabe darf jedoch bei inländischen Gesellschaften den Betrag nicht übersteigen, der nach den Vorschriften in Absatz 3 bis 5 berechnet ist.

Die Abgabe beträgt, wenn der Reingewinn im Jahresdurchschnitt 2 Proz. des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsjahres ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge nicht übersteigt, zehn Prozent des Reingewinns, wenn er 2 Proz., aber nicht 4 Proz. übersteigt, 12 Proz. des Reingewinns usw. Die Abgabe steigt dann immer für eine Reingewinnerhöhung von 2 Proz. um 2 Proz. und erreicht, wenn der Reingewinn 20 Proz. übersteigt, eine Höhe von 80 Proz. dieses Reingewinns.

Die nach Absatz 3 festzusetzende Abgabe erhöht sich, wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn in den Kriegsjahren 10 Proz., aber nicht 15 Proz. des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsjahres ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge übersteigt, um 10 Proz. ihres Betrags, wenn er 15 Proz., aber nicht 20 Proz. übersteigt, um 20 Proz. ihres Betrags, wenn er 25 Proz., aber nicht 30 Proz. übersteigt, um 30 Proz. ihres Betrags, wenn er 35 Proz., aber nicht 40 Proz. übersteigt, um 40 Proz. ihres Betrags, wenn er 40 Proz., aber nicht 50 Proz. übersteigt, um 50 Proz. ihres Betrags.

Hat sich das eingezahlte Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft während der Kriegsjahre vermehrt, so ist der Berechnung der Abgabe ein den Zeitraum, innerhalb dessen die Gesellschaft mit dem veränderten Grund- oder Stammkapital bestanden hat, berücksichtigender Durchschnittsbetrag des Grund- oder Stammkapitals zugrunde zu legen.

Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Kapital 500 000 M. nicht übersteigt und bei denen sich mehr als die Hälfte der Anteile in den Händen von in dem Betriebe tätigen Gesellschaftern befindet, wird die Abgabe nur zur Hälfte erhoben.

Abg. Reil (Soz.) begründet hierauf den sozialdemokratischen Antrag zur Besteuerung des Vermögenszuwachses aus Erbschaften. Dem Ausbau der Erbschaftsteuer werde ausgewichen in Rücksicht auf die prinzipiellen Gegner der Besteuerung des Kindesbetrags. Auf die prinzipiellen Gegner der Verbrauchsbesteuerung glaube man aber keine Rücksicht nehmen zu müssen. Der Redner erläutert den Antrag im einzelnen und hebt namentlich die Schonung der kleinen Erbschaften und die Freilassung des Kindes- und Gattenerbes von im Kriege gefallenen Männern hervor. Die Erbschaften von Kriegesgefallenen dagegen, die unentgeltlich an entfernte Verwandte fallen, könnten eine scharfe Steuer ertragen. Die Erbschaftsteuer könne in Deutschland leicht das Zehnfache des bisherigen Ertrags liefern. Da es sich um eine Dauersteuer handle, könne sie an die Stelle der Verkehrssteuern und der Tabaksteuer treten. Wenn man das Vertrauen der Bevölkerung zur Steuererhebung nicht untergraben wolle, so dürfe man bei der Deduktion des Milliardenbedarfs des Reichs nicht mit den ungerechtesten Verkehrssteuern beginnen, sondern müsse zunächst einmal die gerecht wirkende Quelle der Besteuerung weiter erschließen.

Staatssekretär Helfferich: Die Regierung hat bei ihren Vorlagen keine Rücksicht genommen auf einzelne Parteien, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden. Der gegenwärtige Moment sei ungeeignet zum Ausbau der Erbschaftsteuer. Die Rücksicht auf die im Kriege vor sich gehenden Vermögensverschönerungen und auf die Aufrechterhaltung der Betriebe hält die Verbündeten Regierungen ab, der Erbschaftsteuer jetzt näherzutreten.

Abg. Bernstein (Soz. Arb.) hat trotz grundsätzlicher Uebereinstimmung das Bedenken gegen den Antrag, daß man der Regierung keine Steuern anbieten solle. Er behalte seiner Fraktion die Stellungnahme vor. — Abg. David (Soz.): Das Bedenken Bernsteins hätte ihn auch hindern müssen, für Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer zu stimmen. Wir bieten keine Steuern an, sondern wollen die schlechten vorgeschlagenen Steuern durch bessere ersetzen. Es gibt keinen günstigeren Augenblick für unseren Antrag als den jetzigen, da es sich jetzt um die Erfassung von vielen Tausenden lachender Kriegeserben handelt. Später sind die nicht mehr zu fassen. Auch zur Berücksichtigung des Grundvermögens bei der Bemessung des Steuerfußes ist jetzt der geeignete Zeitpunkt. Niemand wird es rechtfertigen können, auf diese Steuer zu verzichten und den Verkehr zu belasten. Die Einzelstaaten werden ebenbürtig auf die Erbschaftsteuer zugunsten des Reichs verzichten müssen.

Der Erbschaftsteuerantrag wird von allen bürgerlichen Parteien und dem Abg. Bernstein abgelehnt.

Der fortschrittlichen Antrag über Erhebung eines neuen Wehrbeitrags begründet Dießing. Auch die großen Vermögen, die im Kriegsgewinne gemacht haben, sollen noch einmal zu den Lasten des Reichs herangezogen werden. Die Verzichtleistung auf den Wehrbeitrag mitten im Kriege würde niemand bestehen.

Abg. Hoch (Soz.): Unser Antrag kommt auf dasselbe hinaus; der Unterschied ist nur der, daß die Fortschrittler der Veranlagung die Wehrsteuer zugrunde legen wollen. Die Verbrauchs- und Verkehrssteuern sind eine Ungerechtigkeit und eine politische Unklugheit. Bei der heutigen Kollage darf keinerlei Rücksicht auf Sonderinteressen genommen werden.

Schatzsekretär Helfferich: Eine weitere Heranziehung von direkten Steuern für die Bedürfnisse des Reichs ist ausgeschlossen. Es ist nicht richtig, daß die neuen Steuern eine fühlbare Belastung der Massen bedeuten. Man darf sagen, daß die neuen Steuern vom Volke günstig aufgenommen wurden. Die Kriegsgewinnsteuer bedeutet eine große Belastung. Bei der Schaffung des Wehrbeitrags ist das Versprechen gegeben worden, daß diese Abgabe eine einmalige sein soll. Von den 973 Millionen sind bis jetzt eingegangen 868 Millionen, 105 Millionen sind noch im Rückstand. In Zeiten des Krieges ist es bedenklich, die Substanz des Vermögens zu sehr anzugreifen. Man darf nicht aus dem Auge lassen, daß Einzelstaaten und Gemeinden stark in den Besitz eingreifen müssen. Aus allen diesen Gründen kann die Re-

gierung sich mit der weiteren Erhebung des Wehrbeitrags nicht einverstanden erklären.

Abg. Schiffer (nall.) will sich nicht ablehnend verhalten, kann aber für seine Fraktion noch keine bindende Zusage geben. — Abg. Gröber (Z.) ist gegen die Erhebung eines neuen Wehrbeitrags in diesem Moment, der nur in außergewöhnlichen Verhältnissen sich rechtfertigt. An diese Frage könne man herantreten, wenn nach dem Kriege Milliarden neuer Einnahmen geschaffen werden müssen. Die Kriegsgewinnsteuer ist eine ausreichende Kompensation für die anderen Arten der Belastung.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Wehrbeitrag ist eine Steuer, die in weiten Kreisen beliebt ist. Man hat sich an diese Steuer gewöhnt und soll die davon betroffenen Steuerzahler nicht aus der Uebung kommen lassen. Die Kriegsgewinnsteuer trifft nur das geringere Einkommen und den Vermögenszuwachs, der Wehrbeitrag soll das Vermögen treffen. Der neue Warenumschlagstempel bedeutet eine starke Belastung der Massen, um so weniger wird man es draußen verhehlen, wenn man den Besitz nicht stärker belastet. — Nach einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Blund und dem Schatzsekretär spricht sich Abg. Graf Westarp mit aller Entschiedenheit gegen den Wehrbeitrag aus, der ganz offenbar zu einer dauernden Abgabe gemacht werden soll. — Im weiteren Verlauf der Debatte hob Abg. Bernstein (Soz. Arb.) noch hervor, daß gerade durch den Wehrbeitrag solche Vermögen erfaßt werden können, die sonst frei ausgehen würden.

Bei der Abstimmung wird beschloffen, die weitere Erhebung des Wehrbeitrags in das Gesetz hineinzuschreiben. Der Beschluß wurde mit 16 gegen 12 Stimmen gefaßt. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberale und Deutsche Fraktion. Die Ueberschrift des Gesetzes wird auf Antrag der Sozialdemokraten umgeändert in Kriegsteuer-gesetz.

Damit ist die erste Beratung des Gesetzes erledigt. Die Kommission wird ihre Arbeiten nach Ostern fortsetzen.

Die Steuerfüße der Kriegsgewinnsteuer.

Staatssekretär Helfferich hat der Budgetkommission des Reichstags eine Tabelle unterbreitet, aus der die Wirkung der verschiedenen Vorschläge zur Besteuerung des Vermögenszuwachses ersichtlich ist. Wir lassen diese Tabelle nachstehend folgen:

| Ver- mögens- zuwachs | nach Regierungs- vorlage | | nach sozialdem. Antrag | | nach angenom- menen Fortschrittsantr. | |
|----------------------------|-----------------------------|-----------|---------------------------|-----------|---|-----------|
| | Proz. | Steuerfuß | Proz. | Steuerfuß | Proz. | Steuerfuß |
| 10 000 | 5 | 500 | 10 | 1 000 | 5 | 500 |
| 20 000 | 5 | 1 000 | 12,5 | 2 500 | 5,5 | 1 100 |
| 30 000 | 5,83 | 1 600 | 15 | 4 500 | 5,67 | 1 700 |
| 40 000 | 5,50 | 2 200 | 16,25 | 6 500 | 6,25 | 2 500 |
| 50 000 | 5,60 | 2 800 | 17 | 8 500 | 6,60 | 3 300 |
| 60 000 | 6 | 3 600 | 18,33 | 11 000 | 6,83 | 4 100 |
| 70 000 | 6,28 | 4 400 | 19,28 | 13 000 | 7,29 | 5 100 |
| 80 000 | 6,50 | 5 200 | 20 | 16 000 | 7,62 | 6 100 |
| 90 000 | 6,66 | 6 000 | 20,55 | 18 500 | 7,89 | 7 100 |
| 100 000 | 6,80 | 6 800 | 21 | 21 000 | 8,10 | 8 100 |
| 200 000 | 8,40 | 16 800 | 25,5 | 51 000 | 11,55 | 23 000 |
| 300 000 | 10,60 | 31 800 | 27,83 | 83 500 | 14,37 | 43 100 |
| 400 000 | 11,70 | 46 800 | 29 | 116 000 | 15,78 | 63 100 |
| 500 000 | 12,38 | 61 800 | 29,70 | 148 500 | 16,62 | 83 100 |
| 1 000 000 | 16,18 | 161 800 | 32,35 | 323 500 | 20,81 | 208 100 |

Der doppelte Satz sollte nach allen drei Vorschlägen erhoben werden für den Fall, daß das Einkommen, das denselben Steuerfüßen unterliegen soll, die Höhe des Vermögenszuwachses erreicht.

Der Quittungstempel abgelehnt.

Die Steuerkommission trat am Donnerstag in die Beratung des Antrages Müller-Julda auf Besteuerung des Umsatzes ein. Ueber Zahlungen für verkaufte oder gelieferte Waren ist eine Quittung auszustellen, für die ein Stempelbetrag zu entrichten ist. Der Stempel berechnet sich vom Werte des Gegenstandes, und zwar in Abstufungen von zehn Pfennig für je 100 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages, bei Quittungen über 1000 M. in Abstufungen von einer Mark für je 1000 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages. Die Quittung muß enthalten: Namen und Wohnort des Verkaufers und des Erwerbers, den Gegenstand des Verkaufes und den Gesamtwert der Zahlung. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe liegt dem Verkäufer ob. Gewerbetreibende haben die in ihrem Gewerbebetriebe empfangenen abgabepflichtigen Quittungen fünf Jahre lang, andere Personen zwei Jahre lang, vom Schlusse des Jahres ab, in welchem die Abgabe zu entrichten ist, aufzubewahren. Bei Personen, welche sich mit der Lieferung von Waren gewerbmäßig befassen und deren Jahresumsatz den Betrag von 3000 M. überschreitet, hat die Entrichtung der Abgabe in der Weise zu erfolgen, daß sie den Gesamtumsatz in ihrem Betriebe (Verkäufe, Lieferungen) am Schlusse eines jeden Kalendervierteljahres auf vom Bundesrat vorgeschriebenen Vordrucken innerhalb 30 Tagen zur Versteuerung anzumelden haben. Personen, deren Jahresumsatz 50 000 M. nicht übersteigt, kann die Anmeldung von Versteuerung für ein volles Kalendervierteljahr gestattet werden. Steuerpflichtige, bei denen die Festsetzung des Steuerbetrages auf Grund ihrer Buchführung erfolgt ist, haben die Bücher drei Jahre lang, vom Schlusse des Jahres ab, für welches die Abgabe zu entrichten ist, aufzubewahren und der Steuerbehörde jederzeit auf Verlangen Einsicht zu gewähren.

Die Nationalliberalen stellten dazu eine Reihe Abänderungsanträge.

Unterstaatssekretär Jahn sah die ganze Arbeit nur als ein Provisorium auf, um zunächst einmal den Interessenten Gelegenheit zu bieten, zu den Beschlüssen Stellung zu nehmen. — Abg. Dr. Wiemer hält an der Ablehnung der Steuer auch in der neuen Form fest. — Abg. Cohen-Reuß (Soz.) erklärt, daß auch seine Freunde sich ihre Stellungnahme vorbehalten. Wenn Hinterziehungen vermieden werden sollen, dann muß man die allgemeine Pflicht der Führung von Büchern einführen. Bei den Schwierigkeiten, die sich dem aber entgegenstellen, könnte man wenigstens vorschreiben, daß über den Geschäftsvorkehr Aufzeichnungen zu machen sind, die der Abschätzung zugrunde gelegt werden sollen. — Abg. Dertel (L.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem Antrag. — Abg. Wurm (Soz. Arb.) erklärt den Entwurf für unannehmbar. Eine derartige steuerliche Ungerechtigkeit könne man nicht mitmachen. Besonders hart würden die kleinen Geschäftsleute getroffen. Dadurch, daß die Steuer abgelehnt wird, trifft sie selbst den kleinsten Verkauf.

Die Sozialdemokraten beantragen, diesen Umsatzstempel zwei Jahre nach Beendigung des Krieges wieder abzuhängen, wenn der Reichstag das verlangt. — Abg. Antrich (Soz.) begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die schädliche Wirkung dieser Steuer.

Damit war die Diskussion erschöpft. Artikel 1 der Regierungsvorlage (Aufhebung des Scheinstempels) wird angenommen. Dann der Antrag Müller-Julda mit unwesentlichen Veränderungen, im ganzen mit 16 gegen 12 Stimmen. Damit war dieser Teil der Regierungsvorlage, der Quittungstempel, gefallen. Der von den Sozialdemokraten gestellte Befristungsantrag wurde mit 14 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Ertrag der neuen Steuer wird auf 300 bis 400 Millionen Mark geschätzt.

Die Kommission vertagte sich hierauf bis zum 2. Mai.

Politische Uebersicht.

Ein Brandartikel.

Im „Tag“ schreibt der freikonservative Abgeordnete Herr v. Bedlich unter dem Titel „Der Abschied von der weißen Weste“: „In keinem anderen Lande hat man bei Entschliessungen von größter Bedeutung daran gedacht, wie man in stockloser Reue die Prüfung der Geschichte bestehen werde. Vor allem sind Gedanken solcher Art niemals bei der Entschliessung ausschlaggebend gewesen. ...“

Über auch in Deutschland haben die Männer, welche den Grundstein zu dem Bau des Deutschen Reiches legten und diesen selbst geleitet, sich nicht im mindesten darum gekümmert, welche Zensur ihnen von der Geschichte ausgestellt werden könnte. ...

Auch Bismarck hat, als er das Deutsche Reich mit Blut und Eisen schmiedete, sich sicher niemals von des Gedankens Blässe anzukeln lassen, ob sein Bild in der Geschichte auch in stockloser Reue strahlen werde. Er wählte unbedenklich hierum stets die Mittel, die ihn nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung am sichersten zum Ziele führten. Man braucht in dieser Hinsicht nur an die Reklamation der Kaiser Depeche und an die Beschiebung von Paris zu erinnern. Ich könnte aus meinen Erinnerungen aus der Verwaltung von St. Quentin noch weitere Belege beibringen, aber diese beiden Beispiele genügen wohl vollständig. ...

Hätte schon Bismarck bisweilen die Besorgnis zu überwinden, vor dem Richterstuhle der Geschichte nicht mit völlig reiner Weste zu erscheinen, so ist bei der Gewaltigkeit dieses Weltkrieges ein ungleich stärkeres Hervortreten dieses Momentes nur zu erklärlich. In diesem Riesenkampfe gelangen immer mehr Kampfmittel von furchtbarer Wirkung zur Anwendung, immer stärker drohen Tod und Verderben auch der nicht unter den Waffen stehenden Bevölkerung, Frauen und Kindern. Alles, was bisher erjomen ist, um die Schrecken des Krieges zu mildern, um ihn zu einem ritterlichen Woffengang zu läutern, ist wie in die Verzenkung verschwunden. Völkerecht erscheint wie ein Märchen aus alter Zeit. Auch in der Seele vieler Deutschen ... hat sich Zivilisation und Menschlichkeit gegen die Art von Kriegführung aufgelehnt. Wer etwas scharfer beobachtet, wird erkannt haben, daß bei Männern von feinsaitiger Natur, welche an dem Bestuhle der Geschichte mitarbeiten, verstärkend die Sorge hinzugekommen ist, wie das Deutsche Reich und sie mit ihm vor dem Richterspruche der Geschichte wohl bestehen könnten. Die Befürchtung war nicht ganz abzuweisen, daß unter Rücksichten dieser Art die rücksichtslose Energie, die für die siegreiche Durchführung des Krieges entscheidend ist, leiden könnte. Diese Sorge hat auf die Stimmung gerade solcher Kreise, bei denen der vaterländische Sinn besonders stark ausgeprägt ist, bedenklich beunruhigend und niededrückend gewirkt. ...

Unser Volk darf daher vertrauen, daß von der vollen Anwendung auch der furchtbarsten Kampfmittel nicht Abstand genommen werden wird, sofern nur ihr Gebrauch zur Niederzwingung unserer Feinde dienlich ist. Die erfolgreichen Siegerzüge nach England und die wirksame Anwendung neuer Kampfmittel in dem Kampfe um Verdun liefern den Beweis durch die Tat. Schließlich ist als Krönung des Gebäudes in den Stuhngen vom 5. und 6. März mit dem Resonanzboden des Reichstags auch das erlösende Wort gesprochen worden. Die große Rede des Reichszanzlers stellt für alle Welt außer jeden Zweifel, daß unsere Kriegführung allein von der Rücksicht auf die Erreichung unseres Kriegsziels bestimmt wird, und die unbedingte Zustimmung, die diese Rede von Westarp bis Scheide mann gefunden hat, liefert den bündigsten Beweis dafür, daß dies aus dem Herzen des deutschen Volkes gesprochen ist.

Der Sentimentalität ist die weiße Weste vor der Geschichte in die Verzenkung gefolgt. Freund und Feind haben damit zu rechnen, daß wie von den Unterseebooten, von allen unseren Nachmitteln restlos der Gebrauch gemacht wird, der die Erreichung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt.“

Bundesratsbeschlüsse.

Amlich, Berlin, 13. April. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben usw.

Der Entwurf einer Bekanntmachung über die steuerliche Behandlung von Viersendungen an die Truppen, und der Entwurf eines zweiten Nachtrages zu den Bestimmungen des Bundesrats über Gewährung von Reichsbeiträgen an Gemeinden für Kriegswohlfahrtspflege.

Berlin, 13. April. (B. Z. V.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung beschloffen, die Vorschriften der Bekanntmachung vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 758), wonach die Festsetzung von Höchstpreisen für gewisse Waren auch die laufenden Verträge ergreift, auf Steinkohlen und Braunkohlen auszudehnen.

Berlin, 13. April. (B. Z. V.) Der Bundesrat erteilte in seiner heutigen Sitzung einer Verordnung über Streu-, Heide- und Weidenutzung auf nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken seine Zustimmung.

Die Verordnung verpflichtet die Besitzer von Forsten und anderen nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen (Heide-, Seen- und dergleichen), auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörden und nach den von ihr festgesetzten Bedingungen Gemeinden und Privatden die Streu-, Futter- und Weidenutzung zu gestatten. Die Weidenutzung ist beschränkt auf Scheweine und Rindvieh; jedoch für diese Viehgattungen müssen unter Umständen auch Hürden und Unterfunksordame zum Ueberwachen angelegt werden können.

Selbstverständlich wird auf die eigene Anbahnung der Besitzer die nötige Rücksicht zu nehmen sein.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Berlin, 13. April. (B. Z. V.) In der am 13. April 1916 abgehaltenen Bundesratsitzung ist eine Verordnung über den Verkehr mit Knochen, Rinderhäuten und Hornschläuchen beschloffen worden. Diese Verordnung will eine ausgiebigere Verwertung der anfallenden Knochen durch Verwendungsverbot und Aufhebungsgebot durchführen. Der Reichszanzler ist ermächtigt, die Verteilung der Knochen an die Verarbeiter zu regeln und Höchstpreise für die Rohprodukte und Uebernahmehöchstpreise für die Endprodukte festzusetzen. Das aus den Knochen usw. gewonnene Fett ist an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, die gewonnenen Futtermittel an den Kriegsausschuß für Ersatzfutter abzuliefern. Endlich ist dem Reichszanzler noch eine Ausdehnungsermächtigung der Verordnung auf solche Fette und Futtermittel, welche aus Gasaufbereitungen, Metzgereien, Dammschmelzereien, Konferenzenfabriken, Abfederern usw. anfallen, gegeben worden.

2 Pfund Zucker pro Kopf im Monat.

Nach den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchswaren ist der Regelung des Verbrauchs durch die Kommunalverbände bis auf weiteres eine Zuckermenge von 1 Kilogramm monatlich für den Kopf der Bevölkerung zugrunde zu legen.

Reichskonferenz der österreichischen Sozialdemokratie.

Vom 25. bis 28. März fand in Wien die zweite Kriegstagung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich statt. Sie wurde einberufen, um eine vertrauliche Aussprache über die Fragen und Aufgaben, vor die der Krieg die Partei gestellt hat, zu ermöglichen. Alle, die nach dem Organisationsstatut berechtigt sind, an Parteitagungen teilzunehmen, hatten Zutritt erhalten. Von den 248 Teilnehmern waren 97 Vertreter der politischen Organisation, 11 der Parteipresse, 57 der Zentralverbände und 35 Vertreterinnen von Frauenorganisationen. Die Parteivertretung war durch 18 Mitglieder vertreten, der Klub der Reichstagsabgeordneten durch 33 Mitglieder. Von den Anwesenden waren 157 aus Wien, 27 aus Niederösterreich, 6 aus Oberösterreich,

8 aus Salzburg, 13 aus Steiermark, 1 aus Tirol, 27 aus Böhmen, 8 aus Mähren, 3 aus Schlesien und 1 aus der Bukowina.

Parteiordnender Genosse Seib leitet die Verhandlungen, den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und des Klubs der Abgeordneten erstattet Genosse Staret. Er erläutert das im gedruckten Bericht des Parteivorstandes vorliegende statistische Material und verweist für die einzelnen Fragen auf die vom Parteivorstand in Aussicht genommenen Publikationen. Als erste von diesen erhalten die Delegierten einen sechshundertfünfzig Seiten starken Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten zur Ernährungsfrage.

Hervorzuheben ist aus diesem Bericht, daß es der Parteipresse gelungen ist, 62 Proz. ihrer Friedensaufgabe auch während der Kriegszeit aufrechtzuerhalten. In einer zum Schluß angenommenen Resolution wurden gefordert: energische Maßnahmen 1. gegen die Teuerung aller Lebensmittel und gegen die mangelhafte Organisation der Volksernährung; 2. zur Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, insbesondere durch Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren mit den Erwachsenen; 3. zur Erhaltung der früheren Erfolge gewerkschaftlicher Kämpfe.

In einem anschließenden Referat des Genossen Matthias Eidersch über Sozialversicherung und Kriegsfürsorge wurde verlangt, umgefaßt eine weitestgehende Aktion der Volksernährung und eine Reform der Sozialversicherung, größere Einheitslichkeit in der Krankenversicherung und Erhöhung der Leistungen derselben, Einführung der schon jahrzehntelang versprochenen Invalidenversicherung, Ausdehnung der Unfallversicherung, Neuordnung der Versorgung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen und Schaffung von Arbeitsnachweisen unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen.

Sodann referierte Genosse Karl Renner über „Die österreichische Handelspolitik und der Ausgleich mit Ungarn“. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich u. a. die Genossen Austerlitz, Dr. Danneberg, Dr. Ellenbogen, Dr. Viktor Adler, Seib und Leuthner, in der vor allem Danneberg und Adler die weltpolitischen Ideen des Mitarbeiters der „Sozialistischen Monatshefte“ Genossen Leuthner ablehnten. Eine längere Resolution wurde einstimmig angenommen, aus der wir folgende Forderungen hervorheben:

1. Die bewußte und durchgängige Neugestaltung unserer inneren Wirtschaftspolitik im Geiste des modernen Industriestaates, im Geiste der Industrie- und Sozialpolitik.

Beide sind ungetrenntlich. Der Schutz der Arbeit ist allgemeines Staatsinteresse; aber schon die Steigerung der Produktion hat zur ersten Voraussetzung eine kräftige, gesunde, wohlgenährte Arbeiterschaft. Der jahrzehntelange Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung ist endlich zu brechen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung tatkräftig auszubauen, Ratten- und Säuglingschutz in wirksamer Weise aufzunehmen und die Volksernährung zur dauernden Aufgabe der Staatsverwaltung zu machen.

2. In unserem Verhältnis zu Ungarn die Aufrechterhaltung und Wahrhaftmachung der Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes als des durchaus gleichen und gemeinsamen Interesses beider Staaten und ihre Ausgestaltung in dem Sinne, daß unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung und Parität die Wirtschaftsverwaltung nicht getrennt nach Gesichtspunkten der Rivalität, sondern nach gleichen Grundfragen und insbesondere in Ernährungsfragen einheitlich erfolgt.

3. Die völlige Abkehr von der bisherigen Schutzpolitik. Weit entfernt, die Produktivkräfte beider Staaten zu entzweifeln, hat diese Politik durch die Erhöhung der Lebenskosten der Massen und durch die Verteuerung der Rohstoffe die Produktionskosten gesteigert und so den Inlandsmarkt verflümmert und den Auslandsabtrieb untergraben. Auf der Bahn des Hochschutzes gibt es aus diesem verderblichen Ritzel keinen Ausweg. Wenn schon ein sofortiger Übergang zur Vernunft der Handelsfreiheit nicht zu erwarten ist, so müssen zumindestens die Korn- und Eisenzölle fallen, alle sonstigen Lebensmittel- und Rohstoffzölle herabgesetzt werden. Die Handelsbeziehungen zum gesamten Ausland sind nach dem Kriege durch eine freihandelsvertragliche Politik wieder aufzunehmen und sorgsam zu pflegen.

4. Insbesondere aber sind die Beziehungen zu denjenigen Wirtschaftsgebieten, mit denen wir geographisch und geschichtlich, durch Handel und Verkehr seit jeher am engsten verbunden sind, deren wechselseitiger erfolgreicher Austausch mit uns unsere handelspolitische Zukunft entscheidet, zum Deutschen Reich und zum Balkan, nach dem Kriege von allen Fesseln einer überbetonten Zollpolitischen Abschließung zu befreien, durch den Ausbau eines mitteleuropäischen Eisenbahn- und Kanalsystems sowie durch die schrittweise Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung zu vertiefen und dauernd freundschaftlich zu gestalten. Gegen ein schutzpolitisches Mitteleuropa mühten wir uns um so mehr zur Wehr setzen, als dadurch die imperialistischen Tendenzen in der Welt und damit die Kriegsgefahren vermehrt würden.

Genosse Viktor Adler hielt dann ein umfassendes Referat über Österreich nach dem Kriege. In ausführlicher Weise legte er die Schwierigkeiten der ausländischen Wiedervereinigung dar, ging danach auf den Eintritt der polnischen Sozialdemokraten in den Völkerklub ein, den er für einen politischen Fehler hält, trotzdem aber nicht wünscht, daß die Konferenz in dieser Sache einen Beschluß faßt, um dann auf die innere Politik Österreichs einzugehen. Die eine entscheidende Verfassungsreform erfordert. Er führte dann weiter aus, daß der Krieg die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Grundzüge bestätigt habe und die Sozialdemokratie nur in dem sehr wichtigen Punkte geirrt habe, da sie glaubte, die heutige Ordnung sei schon zu schwach geworden, um einen Weltkrieg zu ertragen. Nach der nur bruchstückweise veröffentlichten Resolution verlangte er: Erneuerung des Parlaments nach den Grundfragen der Proportionalwahlen, eine Reichsreform, demokratische Volksernährung, Autonomie der Kronländer, für die Landtage allgemeines Proportionalwahlrecht und Finanzkontrolle, ferner sofortige Aufhebung der Zensur, Vorsorge für die Opfer des Krieges, Kriegsgewinnsteuer und ausgiebige progressive Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Am letzten, dem vierten Sitzungstage sprach Dr. Viktor Adler über „Die Partei und die Internationale“. Er berichtete über die Vorgänge im Internationalen Bureau vor Kriegsausbruch und legte die Gründe dar für die Haltung der sozialistischen Parteien gegenüber dem ausgebrochenen Weltkriege. Die Internationale war immer und konnte nichts anderes sein als der Bund von national organisierten Parteien, die in ihrem Lande wirken und die Interessen ihres Proletariats in erste Linie stellen und aus dem Interesse ihres Proletariats den Bund aller Proletariate wollen. Und daß dieser Bund notwendig ist, daß er allein und dem Ziele näher bringen kann, ist Grundlage und Wesen der sozialistischen Bewegung. Der Krieg ist eine so gewaltig-entsetzliche Sache, daß es ein Wunder wäre, wenn irgendeine Institution ihm Standhalten hätte. Daß sich die Organisation der Internationale nicht erhalten ließ, während die Proletariate gezwungen sind, gegeneinander zu kämpfen, ist erklärlich, wenn auch noch so schmerzhaft. Die Wiederherstellung der Internationale nach dem Kriege wird keine leichte Aufgabe sein; nicht jeder wird sich sofort befreien können von der Dibe des Kampfes. Aber es wird nach dem Kriege, vielleicht noch während des Krieges eine Annäherung der Gesamtparteien wohl möglich sein. Es wird eine Zeit der Schwierigkeiten, des allmählichen Verständnisses kommen, aber wir werden uns wieder finden, weil wir uns finden müssen.

Die sich anschließende Diskussion bewegte sich in der Hauptsache um eine von Friedrich Adler eingebrachte Resolution,

die aber nur 15 Stimmen erhielt. Sie lautet:

„Es ist in diesem Kriege offenbar geworden, daß die großen Probleme, vor die Europa gestellt ist, die Sicherung der nationalen Autonomie der Völker und die Ordnung der Weltwirtschaft durch Begründung der Handels- und Verkehrsfreiheit, für alle Staaten der Welt nicht im Wege der Waffen gelöst werden können. Daß im Gegenteil der Friede nur kommen und die Rückkehr zu den Kulturaufgaben nur erfolgen kann, wenn sich in allen kriegsführenden Staaten die Erkenntnis durchsetzt, daß die Weiterführung des Krieges zwecklos ist und ihm nur eine Vereinbarung auf demokratischer Grundlage ein Ende zu setzen vermag.“ Die Resolution erklärt die Zerreißen und Spaltung der Einheit der Arbeiterbewegung als notwendige Folge der bisherigen Stellungnahme der Mehrheiten der sozialistischen Parteien zum Kriege und begrüßt deshalb alle in den Minoritäten der sozialistischen Parteien vorliegenden Bestrebungen, die der internationalen Solidarität auch im Kriege Ausdruck geben. „Die Einheit der sozialistischen Organisationen kann nur erlangt werden, wenn sich die Sozialisten aller Länder entschließen, die Beschlüsse der internationalen Kongresse in allen internationalen Fragen als bindend anzuerkennen.“

Nach Ablehnung dieser Resolution wurde dann nachschiebende, von Viktor Adler im Auftrage des Parteivorstandes unterbreitete Resolution einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der deutschen Sozialdemokratie... Sie begrüßt die sozialistischen Arbeiter in allen Ländern... und ist der unerschütterlichen Überzeugung, daß sie sich wieder zur solidarischen Führung des internationalen Klassenkampfes zusammenfinden werden, wenn... dieses Krieges vorbei ist. Sie begrüßt darum jede Bemühung zum Zwecke der Wiederaufknüpfung der durch den Krieg gestörten Beziehungen zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder, die zur Wiederaufrichtung der Internationale und der Solidarität der Arbeiterklasse im... führen kann, beurteilt aber auf das schärfste Bestrebungen — mögen sie von rechts oder links kommen —, die verneinen, die internationale Einigung des Proletariats dadurch herbeiführen zu können, daß sie die proletarischen Parteien in den einzelnen Ländern zerlegen und spalten. Die Solidarität der erneuerten Internationale kann nur auf der festen Grundlage starker und einigter Parteien in allen Ländern aufgebaut werden. Diese Einigkeit der sozialistischen Organisationen war niemals notwendiger als in den Zeiten der Verschärfen... die dem Proletariat aller Länder zweifellos nach dem Kriege bevorstehen.“

Mordprozeß in Schneidemühl.

Der von dem Angeklagten angehoffene Rittmeister a. D. Faber ist nicht getötet, sondern nach dem Schuß ins Genick bewußtlos geworden und nach ärztlicher Behandlung genesen. Die Anklage lautet bezüglich dieses Falles nicht auf Mord, sondern auf Mordversuch. In der weiteren Verhandlung kam zur Sprache, daß der Angeklagte wiederholt Vorbereitungen zum Ausbruch gemacht hatte. Da der Angeklagte an nervösem Kopfschmerz leidet und behauptet, der Verhandlung nicht folgen zu können, wenn ihm die (nur leicht angelegten) Fesseln nicht abgenommen würden, wird er nach Änderung des Gerichtsortes für die Dauer der Verhandlung entlassen. Die Schuldfragen lauten betreffs Westphal junior auf Mord, Totschlag, versuchten Mord, versuchten Totschlag eventuell vorläufige Körperverletzung, schwere Urkundenfälschung, Betrug, versuchte Verleitung zum Meineid, Verleitung zur schweren Urkundenfälschung und Betrug.

Betreffs Westphal senior lauten die Schuldfragen auf schwere Urkundenfälschung, Betrug bezw. Weisung hierzu.

Dem Wahrspruch der Geschworenen entsprechend verurteilte das Schwurgericht gestern den Angeklagten Willi Westphal wegen Mordes, Mordversuchs, schwerer Urkundenfälschung, Meineids und Betrugs zum Tode; außerdem zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, fünfzehn Jahren Zuchthaus, weiteren zehn Jahren Ehrverlust und 6000 M. Geldstrafe. Mildernde Umstände hatten die Geschworenen dem Angeklagten verweigert.

Der Mitangeklagte Fischer Westphal sen. wurde wegen schwerer Urkundenfälschung unter Jubilierung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Westphal sen. wurde aus der Haft entlassen.

Stadtverordnetenversammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 13. April 1916, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michael eröffnet die Sitzung.

In den Ausschüssen der „Hädtischen Gas- und Elektrizitätswerke Berlin“ wählt die Versammlung 10 ihrer Mitglieder, darunter auch Fischer, Heumann, Ritter (Soz.).

Eine große Anzahl von Stiftungs-Geldern, dabei auch die der Zeilerischen Stiftungen, werden einbezogen.

Die unbesoldeten Stadträte Nielsen, Panofsky, Dr. Preuß, Rajt, Kunge, Seiberg, Wagner, Dr. Wiemer scheiden Ende 1916 mit dem Ablauf ihrer sechsjährigen Wahlperiode aus dem Magistratskollegium aus. Zur Vorbereitung der Neuwahl wird ein Ausschuss eingesetzt.

Von der Direktion der „Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft“ ist bei der Versammlung ein Protest gegen Neuierungen eingegangen, die der Stadtr. Heumann über den Betrieb usw. in der Sitzung vom 30. März getan hat.

Die Erhöhung der Kriegsteuerzulagen soll auch den Angehörigen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, soweit sie ein jährliches Dienstverdienst bis zu 2500 M. beziehen, zuteil werden, und zwar vom 1. Dezember 1915 ab. Dazu sind für das Etatsjahr 1915 2300 M. erforderlich, die aus dem Vorstufkonto gedeckt werden sollen.

Die Versammlung stimmt zu. Eine Anfrage des Stadtr. Rodler (Linke), weshalb der Magistrat die Ausdehnung dieser Zulagen auch auf die bis zu 2500 M. Gehalt beziehenden Lehrpersonen zurzeit abgelehnt habe, obwohl sich eine solche Ausdehnung schon im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit empfehle und in den betreffenden Kreisen über die ablehnende Haltung des Magistrats lebhaft Missstimmung herrsche, bleibt unbeantwortet.

Der Magistrat unterbreitet den Vorschlag, auf städtischem Gelände zwischen dem Oddag an der Friedrichstraße und der Gasanstalt IV an der Danziger Straße eine

städtische Trocknungsanlage für Gemüse und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse

zu errichten, und sucht bei der Versammlung die Genehmigung des Bauprojekts und des Kostenanschlags von 250 000 M. nach.

Bürgermeister Dr. Reide: Das Unternehmen ist als eine Kriegsmassnahme gedacht. Da wir unmittelbar vor der Wachsperiode auch für Gemüse stehen, muß die Zeit voll ausgenutzt werden. Die Herrichtung der Apparate und Maschinen würde aber immerhin vier bis sechs Wochen in Anspruch nehmen und wir können, auch bei sofortiger Bestellung, hart an Ende Juni, also an die Hochsaison heran. Daher hat der Magistrat Ihres Einverständnisses sicher zu sein geglaubt, wenn er die Maschinen bestellt und damit allerdings den Anfang mit der Ausführung des Unternehmens gemacht hat. Es handelt sich auch nicht etwa um einen neuen Gedanken, ganz im Gegenteil, unsere Güterverwaltung

hat sich schon zehn Jahre mit dem Problem beschäftigt, und nur die Rücksicht hat der Ausführung im Wege gestanden, daß die Technik auf diesem Gebiete noch in der Entwicklung sei. Inzwischen aber ist sie fortgeschritten, und es haben Köln, Nürnberg, Dresden, Stuttgart, Schwarzenberg und andere Kommunen solche Anlagen errichtet. Von ihrer Beschäftigung sind wir alle mit der Ueberzeugung von ihrer Zweckmäßigkeit wie von ihrer Rentabilität zurückgeführt. Es soll damit alles und jedes Gemüse, das in einer solchen Großstadt häufig dem Verderben anheimfällt, erhalten werden; es soll aber auch den kleinen Bäckern ein Dienst geleistet und ihnen Lust gemacht werden, mehr Gemüse zu bauen. Es ist zu erwarten, daß das Dörfgemüse in Zukunft sogar den Konserven den Rang ablauten wird.

Stadtr. Goersdt (Fr. R.): Wir sind nicht prinzipielle Gegner der Vorlage. Aber es macht sich doch der Mangel einer Rentabilitätsberechnung sehr empfindlich bemerkbar. Auch scheint die Auswahl des Platzes nicht zweckmäßig; man sollte die Anstalt auf einem Kiezelgut unterbringen. Ebenso wissen wir nichts Geringeres über die beabsichtigte Art und Ausdehnung des Betriebes noch über die Verwaltung.

Stadtr. Gronewald (Linke): In einer Millionenstadt geht unendlich viel an Gemüse verloren; dem soll diese Anlage entgegenarbeiten. Ich empfehle jede mit der Bedeutung der Sache vereinbare Idee.

Stadtr. Kunge: Die Prüfung der Sache ist so eingehend und gründlich wie irgend möglich gewesen. Die Rentabilität erscheint als gesichert. Die Transportkosten des Gemüses nach einem Kiezelgut würden erheblich höher sein, als nach dem Platz an der Pröbelsstraße; ganz unpraktisch wäre es, den Ueberfluß an Gemüse aus der Markthalle erst nach einem Gut zu schaffen. Die Verwaltung soll derjenigen der städtischen Güter angegliedert werden. Die Submission auf die Maschinen soll morgen erfolgen. Die Anstalt in Köln ist infolge der zeitigen enormen Preise für Dörfgemüse schon völlig abgeschrieben. Wir müssen jedenfalls sojaglich darauf los arbeiten können.

Stadtr. Mann (Soz.): Wir begrüßen die Vorlage, haben aber kein Interesse an einer Ausschüßberatung, der wir uns aber nicht widersetzen werden, und hätten nur gewünscht, daß die Vorlage viel früher eingebracht worden wäre. Endlich hat man auch hier eingesehen, daß alles, was gespart werden kann, auch gespart werden muß. Große Mengen Gemüse sind verderben oder haben untergepflegt werden müssen usw., die bei zweckentsprechender Behandlung sich aufbewahren und in der gemüseknappen Zeit auf den Markt bringen lassen. Oft genug war in der Halle ein Ueberangebot zu beobachten, so daß die Preise saukten und die Produzenten, die zu den gesunkenen Preisen nicht verkaufen wollten, mit den vollen Wagenladungen nach Hause fuhren; dann verdaß das Gemüse und wanderte schließlich auf den Dunggassen. Andererseits hören wir, daß die Kriegspreise für Gemüse die Selbstkosten nach der Angabe der Produzenten nicht gedeckt haben, weil die Arbeitskräfte sehr knapp und die Löhne entsprechend gestiegen seien; man hielt also die Ware zu zü a, und zeitweise war weder in der Halle noch bei den Händlern selbst für hohe Preise Gemüse zu haben. Auch ein großes Quantum der zurückgehaltenen Ware kam später nicht wieder auf den Markt, sondern verdaß. Dieser geradezu furchtbaren Vergeudung von Lebensmitteln soll durch die Anlage gesteuert werden. Die bei einer guten Ernte überflüssig werdenden Bestände kommen in die Anstalt. Ob die Stadt nachher für ihr Dörfgemüse den offenen Markt braucht, ist fraglich, denn die Stadt hat selbst Gelegenheit genug, diese Produktion anderweit unterzubringen. — Die Deputation für die Kanalisationswerke und Güter Berlins beschäftigt sich mit dieser Anlage schon seit Jahren; nur war bisher die Technik nicht weit genug. Das ist jetzt anders geworden. Im Etat für 1916 sind ja auch 200 000 M. für die Anlage eingestellt; die Sache kommt also nicht etwa aus dem Handgelenk. Die Furcht im Punkte der Rentabilität braucht von dem Projekte nicht abzuweichen. Als Kriegsmassnahme wollen wir die Sache nicht betrachten wissen; sie steht ja auf dem Etat und wäre also aus laufenden Mitteln zu bestreiten. Wir sehen sie als eine dauernde Einrichtung an; wir haben nichts dagegen, daß sie jetzt beschleunigt wird, wünschen vielmehr, daß recht schnell an die Arbeit gegangen wird, zum Nutzen der Bevölkerung und der kleinen Bäcker, zumal die Befürchtung besteht, daß wir in absehbarer Zeit nicht zu friedlichen Verhältnissen kommen werden.

Stadtr. Gassel (Linke) bemängelt ebenfalls, daß die durchaus zu begründende Vorlage nicht rechtzeitig eingebracht und ihre Begründung so dürftig gehalten ist.

Oberbürgermeister Vermuth: Für jetzt handelt es sich um eine Kriegs-Nahrungsmittelmaßnahme, wie wir sie, getragen von Ihrem Vertrauen, wiederholt durchgeführt haben. Wir haben auf diesem Gebiet einen Umlauf von jährlich gerechnet 100—110 Millionen Karl. Wir sind dabei bestrebt, zwar nicht Gewinne zu machen, aber doch Verluste zu vermeiden. In einem so ungeheuren Betriebe sind natürlich oft Anschaffungen und Herstellungen nötig, die uns den gesamten Kriegsbetrieb erst ermöglichen. Ich bitte Sie, uns nicht zu verübeln, daß wir mit der Ausführung schon begonnen haben und wenn wir damit auch weiter vorwärts schieben, denn die ganze Sache ist auf Tage bemessen, jede Verzögerung wäre verhängnisvoll. (Beifall.)

Nachdem noch Stadtr. Rommsen (Fr. Fr.) und nochmals Stadtr. Gassel sich über die verübete Vorlegung geäußert haben, Stadtr. Rommsen auf seine Bedenken gegen die Einführung eines neuen Gewerbetriebes in die städtische Verwaltung angedeutet hat, wird die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen und letzterer vom Vorstande sofort ernannt. Dem Ausschusse gehören auch Kerstin, Mann, Dr. Wehl und Sturm (Soz.).

Dem „Bundeshilfsverein Berlin“, der sich der Fürsorge für kriegsgeschädigte österreichische Städte, insbesondere Görz, und für ungarische Ortschaften, widmet, sollen aus städtischen Mitteln 100 000 M., je zur Hälfte für österreichische und für ungarische Ortschaften, ferner dem „Kriegshilfsverein Berlin für den Kreis Ortschaften e. V.“ zur Verwendung für kriegsgeschädigte im Kreise Ortschaften gelegene Städte und Dörfer ebenfalls 100 000 M. gewährt werden.

Ohne Diskussion tritt die Versammlung dem Magistratsvorschlag bei.

Der Umlage-Verteilungsbeschluß, den die Versammlung am 30. März bei der Veranlagung des Etats für 1916 gefaßt hat, ist vom Oberpräsidenten am 31. März genehmigt worden. Die Genehmigung wird zur Kenntnis genommen.

Schluß 1/7 Uhr.

Aus aller Welt.

Explosionsunglück in Bayern. Bei einer Explosion in einer Fabrik in Hof (Bayern) erlitten fünf Mädchen, darunter je zwei Schwestern im Alter von 16 bis 20 Jahren, so schwere Verletzungen, daß sie unter furchtbaren Schmerzen starben. Die Mutter eines unter diesen Opfern befindlichen Schwesternpaares, namens Schöberl, kam mit schweren Verbrennungen der Hände davon.

Für und wider die Sommerzeit. Die „Köln. Ztg.“ meldet, hat der Ministerrat in Budapest die Einführung der Sommerzeit in Ungarn beschlossen. Dagegen hat dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant“ zufolge die holländische Regierung den Vorschlag der Eisenbahnen, die Sommerzeit einzuführen, abgelehnt.



Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. d. Berliner Reichstagswahlkr.
Stralauer Viertel, Bezirk 330.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Paul Herzog
Simon-Dach-Str. 22
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Industrie-
arbeiter
Paul Herzog
von der Sa. Danneberg u. Quandt,
Frankfurter Allee, am 11. April im
Alter von 52 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Zentralverband der Steinarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Steinmetz
Paul Streichardt
am Dienstag, den 11. April 1916
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. April 1916,
nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
in Neukölln, Mariendorfer
Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Metall-
arbeiter
Wilhelm Lietsch
Neukölln, Schönefelder Str. 8,
am 8. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 14. April, nach-
mittags 3/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes,
Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Der echte
Kapitän-Kautabak
wirkt erfrischend und belebend im Feilde, zu haben in den meisten
Geschäften. (N. Dosen dazwischen umsonst.)
E. Röder, Berlin, Grüner Weg 111 (Kgl. 2861).

Möbel-Angebot.
Solche Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-
Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Zins-
vergütung bei feiner Ausarbeitung und geringen monatlichen Rate-
zahlungen. Offerten D. 3 an die Expedition des "Vorwärts".
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Kennen Sie die Wohltat
einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller
Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Richard Kreker
Solmsstraße 12
im Alter von 52 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Mitt-
woch, den 12. April, in Friedrichs-
felde statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler
August Schulze
Nützenberg, Trausestr. 2
im Alter von 60 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. April, nach-
mittags 4 Uhr, vom Kranenbaule
in Nützenberg, Quertulstraße,
aus auf dem alten Nützenberger
Friedhof in der Bornimstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast-
und Schankwirte Deutschlands**
(Zahlstelle Lichtenberg).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am 11. April unser Kollege
Otto Dames
Wainzer Str. 23, im 46. Lebens-
jahre verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. April, nachm. 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Nützenberger
Friedhofes in Mariabühl aus statt. —
Treffpunkt beim Hotel Max Höfer,
Frankf. Allee 209, nachm. 8 Uhr.
Abf. 3.40 Uhr v. Bahnh. Nützen-
berg-Friedrichsfelde. — Rege Betei-
ligung erwartet Die Ortsverwaltung

Nur für Herren
und Jünglinge, welche sich
billig kleiden wollen, empfehlen
wir Vorjahr Herrenanzüge aus
feinsten Materialien M. 16-45,
Paletots M. 14-30, Hosens M. 6-12.
Gehrockanzüge sehr preiswert.
Deutsches Garderobehaus
Große Frankfurter Str. 116 I.

Singer
unübertroffen
Lieber
die Vorteile
verlange man
unser
Singer Läden
überall

Berliner Landpacht-Genossenschaft
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Mittwoch, 26. April 1915, abends 8 Uhr, im Berliner Gewer-
schaftshaus, Engelauer 15:
General-Versammlung. 102/19
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Beschlussfassung über Bilanz
des Geschäftsjahres vom 1. 7. bis 31. 12. 1915. 2. Beschlussfassung über
den Protokoll der Herren Langemann und Krollow gegen ihren Ausschluß.
3. Coent. Anträge. — Der Rechnungsabschluss für die Zeit vom 1. 7. bis
31. 12. 1915 liegt in unserer Geschäftsstelle: SW 48, Friedrichstraße 16,
Lindenstr. 101, Handelskammer-Belegungsstelle, Eingang 8 III, zur Ein-
sichtnahme der Genossen aus. Der Vorstand: Wilhelm Both, Fritz Weis.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Neukölln
Weichselstraße 8.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten werden hiermit zu der
Ordentlichen Ausschlußversammlung
am Freitag, den 28. April 1916, abends 8 Uhr, in
den Bürgerhäusern zu Neukölln, Bergstraße 147,
eingeladen. 268/2
Tagesordnung:
1. Beschlussfassung bezüglich der Ueberschreitungen des Vorantrages
für das Jahr 1915.
2. Verwaltungsbereich des Vorstandes über das abgelaufene Ge-
schäftsjahr.
3. Bericht der Rechnungsprüfungskommission.
Neukölln, den 8. April 1916.
Der Kassenvorstand.
Heinrich, 2. Vorsitzender. Ritter, Schriftführer.
Zur Beachtung! Die den Vertretern zugesandten Einladungen gelten
als Legitimationen und sind beim Eintritt in die Versammlung zur Ein-
tragung in die Präsenzliste vorzulegen.
Es wird ersucht, Anträge oder Beschwerden, bei denen die Einschätzung
in die Kassentafeln erforderlich ist, spätestens drei Tage vor der Ausschluß-
versammlung mitzutellen.

Solange Vorrat reicht
liefert die
Buchhandlung Vorwärts
EW. 68, Lindenstr. 3.

- Seyler, C., Im Pharaonenlande (Ägypten).** Reiseschilderungen
aus Ägypten. Statt Gebd. (M. 6,—) für M. 1,50
- Jorn, J., Der Weltverkehr und die Seehäfen Äfiens, Afrikas,
Amerikas und Australiens.** Mit 75 Illustrationen und
79 Plänen. Statt Gebd. (M. 20,—) für M. 8,—
Neben geographisch-ethnographischen Angaben über die Haupthandels-
plätze der Welt gibt das Buch auch eine Schilderung ihrer Ent-
wicklung, ihrer hauptsächlichsten Industrien und Handelsartikel.
- Frider, Dr. A., Antarktis.** Die Erforschung des Süd-
polargebietes. Mit zahlreichen Illustrationen und Karten.
Statt Gebd. (M. 6,50) für M. 1,50
- Lehmann, P., Länder- und Völkerverhandlungen.** 2 Bände, reich
illustriert. Statt (M. 18,—) für M. 8,—
- Maspero, G., Ägypten und Assyrien.** Geschichtliche Er-
zählungen für Schule und Haus. Deutsch von D. Birn-
baum. Mit 190 in den Text gedruckten Abbildungen.
Statt Gebd. (M. 8,—) für M. 1,50
- Loti, Pierre, Gen Japahan (Persien).** Eine Reisebeschreibung.
Statt (M. 8,—) für M. —,50
- Hesse-Wertegg, Schantung und Deutsch-China.** Mit 145 Bil-
dern, 27 Tafeln, 6 Beilagen und 8 Karten.
Statt M. 18,— für M. 6,—
- Birchner, J., Die Darstellung des ersten Menschenpaares**
in der bildenden Kunst, von der ältesten Zeit bis auf
unserer Tage. Mit 105 in den Text gedruckten Abbildungen.
Statt Gebd. (M. 12,50) für M. 5,—
- Marshall, Dr. W., Charakterbilder aus der heimischen
Tierwelt.** Statt Gebd. (M. 6,—) für M. 1,50
Ein reich illustriertes und gut ausgestattetes Buch. Marshall ist
bekannt als ausgezeichneter Kenner der Tierwelt.
- Robelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt.** Mit 12 Tafeln
und vielen Textillustr. Statt Gebd. (M. 20,—) für M. 6,—
- Schulze, Prof. Dr. J. K., Die physikalischen Kräfte im
Dienste der Gewerbe, der Kunst und der Wissenschaft.**
Mit 416 Holzschnitten, 15 großen Abbildungen und 8
Bunddruckarten. Statt Gebd. (M. 12,—) für M. 8,50
- Zimmermann, Dr. W. L. A., Handbuch der Physik.**
Statt (M. 10,—) für M. 8,50
— Pflanze, Tier und Mensch. () 10,— 8,50
Die Zimmermannschen, von berühmten Fachleuten auf die Gegen-
wart weitergeführten populärwissenschaftlichen Werke erfreuen sich
seit Jahrzehnten einer gleichmäßigen Beliebtheit.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Sonntag, den 16. April 1916, vormittags 9 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
Eisen-, Metall- und Revolverdreher
sowie **Rundscheifer**
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (gr. Saal).
Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Diskussion.
2. Wahl des Branchenvertreter und der Kommissionsmitglieder.
3. Verschiedenes.
Das Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzulegen und wird mit
dem Kontrollstempel versehen.
Wir ersuchen unsere Kollegen, nach der Versammlung in den
Werkstätten eine Kontrolle über den Besuch vorzunehmen.

Sonntag, den 16. April 1916, vormittags 9 1/2 Uhr:
Gruppen-Versammlung
der
Werkzeugschleifer und Schleiferinnen
im Lokal von Niefel, Süssitenstr. 40.
Tagesordnung:
1. Gruppenangelegenheiten.
2. Werkstattangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller, in dieser Ver-
sammlung pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 16. April 1916, vormittags 10 Uhr,
bei Summel, Sophienstr. 5:
Versammlung der Bauanschläger.
Tagesordnung:
Wie stellen wir uns zu dem Beschluß der Arbeitgeber
betreffs unserer Teuerungszulage.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu
erscheinen, keiner darf fehlen.

Montag, den 17. April 1916:
Bezirks - Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:
Norden: Pharusalle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23, abends
8 1/2 Uhr.
Norden: Frisch's Festsäle, Badstr. 11, abends 8 1/2 Uhr.
Moabit: Sands Festsäle, Beusselstr. 9, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
Reinickendorf-West: Eichbornstr. 60, abends 8 1/2 Uhr.
Westen und Schöneberg: Vereinshaus, Schöneberg,
Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
Osten: Andreas-Festsäle, Scholz, Andreasstr. 21, abends
8 1/2 Uhr.
Lichtenberg: Restaurant Kurkowski, Pfarrstraße 74,
abends 8 1/2 Uhr.
Stralau-Rummelsburg: Blume, Alt-Fogelagen 56, abends
8 Uhr.
Weißensee: Restaurant Peukert, Berliner Allee 251,
abends 8 Uhr.
Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, abends
8 1/2 Uhr.
Neukölln: Ideal-Festsäle, Weichselstraße 8, abends 8 1/2 Uhr.
Steglitz: Schellhases Festsäle, Hornstr. 15a, abends 8 1/2 Uhr.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannis-
thal u. Umg.: Restaurant George, Oberschöneweide,
Wilhelminenhofstr. 41a, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Dertz' Restaurant, Spandau, Kurstr. 21, abends
8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der General-Versammlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
115/6 Die Ortsverwaltung.

Herzog
zu **Lauenburg**
3 Hg. Cigarette
WILANDE DRESDEN

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekanntesten Firma
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung - Berufskleidung
Größtes Spezialgeschäft dieser Art
Alexanderstr. 12 - Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.
Conc. Leihhaus

Von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene
Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15,
18, 20, 25 bis 36 M. Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in
neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kostüme
und Damen-Mäntel, auf Seide, enorm billig. Extrangebot
in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren in
enorm billigen Preisen.
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

Der Frauenmord

ein wohl vorbereiteter Raubmord.

Die Ermittlungen in der Morde Franzke haben ergeben, daß die Ermordung des Nordes bezichtigte Helene Bahl zu Unrecht beschuldigt wurde; das Mädchen ist vollkommen unschuldig und aus der Haft entlassen worden.

Die weiteren Verhöre und Vernehmungen enthüllen das Bild eines planvoll überlegten, in allen Einzelheiten klar vorbedachten und mit beispielloser Kaltblütigkeit ausgeführten Raubmordes.

Nachdem die beiden fest übereingekommen waren, daß sie die Franzke ermorden und berauben wollten, überlegten sie, was für ein Werkzeug sie nehmen sollten. Erst dachten sie an einen Revolver, den Weitausch mit scharfen Patronen bei der Einberufung in seiner Wohnung zurückgelassen hatte.

Nachdem nun das Rasiermesser gewählt worden war, verteilten die beiden die Rollen. Zunächst hielten sie als Vordemittel den Brief mit dem Blumenstrauß aus.

Nach allen Vorbereitungen wurde endlich die Franzke planmäßig in die Friseurwohnung gelockt. Die Ledentür war verschlossen. Den Hund der Ermordeten sperrte die Ullmann mit ihrem Vor in den leeren Friseurladen.

Jetzt überlegten sie, was weiter zu tun sei. Die Beute an barem Gelde war ihnen zu gering. Sie wollten sie durch Ausplünderung der Wohnung ergänzen. Neben der Franzke wohnt ein Mann, der schwer krank ist und die Nächte schlaflos daliegt.

Ein stummer Zeuge des Verbrechens, den sie fürchten mußten, war der Hund der Ermordeten. Die Mörderinnen brachten ihn nach Befestigung der Leiche, so wie er war, abends im Dunkeln nach dem Hause Bergstraße 63.

Nach Verübung des tierischen Verbrechens lasen die Mörderinnen eifrig die Zeitungen. Sie waren gespannt, wann wohl die Leiche in dem Reifekorb in Stettin entdeckt werden würde.

Schwer, sie zu entlarven, aber kleine Fingerzeige brachten ihnen doch die Hindernisse, über die sie stolperten. Sehr verdächtig war unter anderem das Verhalten der Ullmann beim Wegschaffen des Korbes mit der Leiche.

Die Kriminalpolizei ist dabei, alle Angaben über die Einkäufe des Korbes, der Schlüssel, der Schmirgel usw., über die Verkäufe der gestohlenen Sachen und über den Verbleib des Revolvers nachzuprüfen.

Die unschuldige Helene Bahl, die bereits vorgestern abend wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, hat einen Teil der Sachen, die die beiden Mörderinnen aus der Wohnung der Ermordeten stahlen, als die ihrigen wiedererkannt.

Die beiden Mörderinnen wurden gestern auf dem Polizeipräsidium einander noch einmal gegenübergestellt und sind dann der Staatsanwaltschaft I vorgeführt worden.

Zu Tode gequält.

Die unmenschlichen Mißhandlungen des Dienstmädchens Minna Neumann, deren Tod f. Z. so großes Aufsehen erregt hat, unterlagen gestern der Prüfung der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Spieltschöfer.

Die Anklage richtete sich gegen die Kaufmannsfrau Klara Koch geb. Koss, geschiedene Lehrer, die jetzt 47 Jahre alt ist. Sie wurde beschuldigt, ihr noch nicht 18-Jährige Dienstmädchen Minna Neumann in einer das Leben gefährdenden, grausamen und bestialischen Behandlung fortgesetzt schwer mißhandelt zu haben.

Die Angeklagte hat nach ihrer Behandlung auf Befragen des Vorsitzenden in Breslau die Gemeindefürsorge bis zum 14. Lebensjahre befristet und ist dann nach einiger Zeit nach Berlin zu einer Tante gekommen.

Nach Verübung des tierischen Verbrechens lasen die Mörderinnen eifrig die Zeitungen. Sie waren gespannt, wann wohl die Leiche in dem Reifekorb in Stettin entdeckt werden würde. Endlich fanden sie die Nachricht und nun verfolgten sie die Tätigkeit der Kriminalpolizei.

Auch das Geräusch von Schlägen hat diese Zeugin gehört; das Schimpfen sei sogar noch am Tage vor dem Tode des Mädchens hörbar gewesen. Andere Hausnachbarn der Angeklagten haben dieselben Wahrnehmungen gemacht und sich darüber empört, daß das Mädchen so oft ausgeknipst wurde und so oft „Drecks“ kriegte.

Weim Tode des Mädchens konkurrierten Nierenentzündung, die Mißhandlungen und ein Bluterguß. Die Tatsache, daß das Mädchen sich alles ruhig habe gefallen lassen, erkläre sich daraus, daß die Neumann geistig minderwertig gewesen sei und in flehentlichem Geben sich von der, die sie als ihre Herrin ansah, alles habe gefallen lassen.

Das Gericht erklärte sich für unzuständig, da hinreichender Verdacht vorliegt, daß die Körperverletzungen den Tod des Dienstmädchens verursacht haben, und überwies die weitere Verhandlung dem Schwurgericht.

Aus Groß-Berlin.

Fleischbezug und Abgabe des Mittelstücks der Brotkarte.

Der Magistrat hat an den Anschlagfäulen eine Bekanntmachung erlassen, in der zwecks Sicherstellung einer gleichmäßigen Verteilung des vorhandenen Fleisches unter die Berliner Einwohner bestimmt wird, daß die Berliner Inhaber von Brotkarten das Mittelstück der für die 60. Woche (vom 10. bis 16. April) geltenden Brotkarte am Montag, den 17. oder Dienstag, den 18. April in dem Verkaufsgeschäft abzugeben haben.

Die Zuckerfrage Groß-Berlins.

Gestern vormittag tagte der Ausschuß der Groß-Berliner Gemeinden, um zu der Zuckerfrage Stellung zu nehmen. Es herrschte Einmütigkeit über Ziele und Wege, doch wurde zunächst von einer Beschränkung des freien Verkehrs Abstand genommen, bis endgültige Ausföhrungsbestimmungen seitens der Reichszuckerstelle erlassen seien.

Für Kartoffelhändler. Der Magistrat Berlin weist nochmals darauf hin, daß die Kartoffelhändler die in der letzten Periode gesammelten Kartoffelartenabschnitte spätestens bis zum 14. April einschließlich bei der für ihre gewerbliche Niederlassung zuständigen Brotkommission gegen Bezugscheine für den neuen Zeitabschnitt vom 13. bis 24. April umzuwechseln haben.

Hotels, Pensionate, Schank- und Gastwirtschaften haben ihre Bezugscheine wieder vom Obmann der zuständigen Gastwirtschaftskommission abzuholen, während Krankenhäuser, Kliniken und andere Verpflegungsanstalten sich wegen ihres Bedarfes an das Lebensmittelbureau des Magistrats, Stralauer Str. 3-6, wenden können.

